

Volksmacht

für Schlessen - Organ für die werktätige Bevölkerung



Die „Volksmacht“ erscheint wöchentlich 6 mal mit den wöchentlichen Beilagen: „Unterhaltung“, „Rundfunk“, „Sozialistische Literatur-Rundschau“, „Für die Frauen“, „Arbeiter-Sportbewegung“ und der monatlichen Beilage „Junge Kämpfer“ und ist durch die Haupt-Expedition Marktstraße 4/6, Matthäusstraße 100, sowie durch alle Aussträger zu beziehen. — Bezugspreis im voraus zu entrichten wöchentlich 0.32 Reichsmark + 3 Pfennig Trägerlohn — 0.45 Reichsmark, monatlich 1.55 Reichsmark + 35 Pfennig Trägerlohn — 1.90 Reichsmark. Durch die Post einschließlich Zustellungsgebühren 2.26 Reichsmark.

Anzeigenpreis: Je Millimeter für geschäftliche Anzeigen Text 20 Pf. Familienanzeigen, Stellenangebote, E-Anzeigen 10 Pf. Kleine Anzeigen pro Wort 3 Pf. müssen bis mittags 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Hand abgegeben werden. — Fernsprech-Anschluss: Geschäftsstelle Postfach 58 52. Bankkonto: Bank der Arbeiter, 17 Pf. Anzeigen unter mals- und Wohnungs- en für die nächste Nummer je 4/6 oder in der Zweigstelle 217 39, Redaktion Nr. 217 38. n und Beamten, Filiale Breslau.

Einzelnummer 10 Pf. Verlagort und Hauptgeschäftsstelle Breslau 2 — Unverlangt eingesandte Manuskripte werden nur zurückgeschickt, wenn Rückporto beiliegt. Einzelnummer 10 Pf.

43. Jahrgang Mittwoch, den 14. Dezember 1932 Nr. 293

Der Kampf der SPD. gegen Hungernotverordnung

Antrag der SPD. auf Aufhebung der Notverordnung vom 14. Juni vom Haushaltsausschuss angenommen — Vorbereitung der Aufhebung der Lohnabbauperverordnung vom 5. September

Im Haushaltsausschuss des Reichstages führte am Dienstag die Sozialdemokratische Fraktion ihren Kampf um Aufhebung der Papen-Notverordnungen fort. Zunächst wurde die Uebergangsregelung zur Aufhebung der Lohnabbauperverordnung beraten. Abgeordneter Aufhäuser berichtete über das Ergebnis der Arbeit des Unterausschusses, der auf Wunsch des Reichsarbeitsministeriums die Uebergangsregelung vorbereitet hat. Die von der Regierung vorgezeichneten Auslassungen konnten durch den Unterausschuss wesentlich vermindert werden. Die generelle Auslassung wird auf den 31. Dezember festgelegt werden. In Einzelfällen, in denen ein Betrieb auf Grund der jetzigen Löhne Aufträge vorliegen hat, aus deren Nichtausführung Schaden erwächst, kann auf Antrag der Schlichter die Frist bis spätestens 31. Januar verlängert werden. Der Antrag muß spätestens bis Ende des Jahres gestellt sein. Die zur Verordnung vom 5. September erlassenen Ausführungsbestimmungen treten automatisch außer Kraft.

verordnung 1932 verlangt, mit den Stimmen der Sozialdemokraten, der Kommunisten und der Nationalsozialisten angenommen. Die übrigen Parteien beteiligten sich an der Abstimmung nicht. Die Beratungen wurden abgebrochen und damit die Anträge zu den Notverordnungen vom September und Dezember für Mittwoch zurückgestellt.

Die Pläne Schleichers zur Winterhilfe

Wenn die Beschlüsse unbefriedigend, wird die Sozialdemokratie die Einberufung des Reichstages beantragen. Das Reichskabinett wird heute nicht nur zu den außenpolitischen Fragen und zu dem Arbeitsbeschaffungsproblem, sondern auch zur Winterhilfe Stellung nehmen. Es will, wie verlautet, zur Durchführung der Winterhilfe in den finanziell möglichen Grenzen voraussichtlich eine Verbilligung von Kohle und Mehl und nach Möglichkeit auch von anderen Lebensmitteln

herbeiführen. Ob eine Verbilligung von Brot erfolgen kann, unterliegt noch der Prüfung. Wenn die Beschlüsse des Kabinetts über die Winterhilfe unbefriedigend bleiben sollten, so rechnet man damit, daß von den Parteien der Linken, insbesondere von den Sozialdemokraten, ein Antrag auf nochmalige Einberufung des Reichstages vor Weihnachten gestellt werden wird. Ob sich dafür im Reichsrat eine Mehrheit findet, hängt in erster Linie von den Nationalsozialisten ab.

Preußen stimmt der Amnestie zu

Das preussische Staatsministerium hat am Dienstag beschlossen, gegen das vom Reichstag angenommene Amnestiegesetz keinen Einspruch zu erheben. In wahrscheinlich auch Bayern Widerpruch nicht erheben wird, ist anzunehmen, daß das Gesetz am Donnerstag den Reichsrat ohne Schwierigkeiten passiert, so daß sich der Reichstag nicht mehr mit ihm zu befassen braucht.

Mit der Aufhebung der Verordnung werden die Tariflöhne wieder hergestellt. Der Haushaltsausschuss nahm den Bericht zur Kenntnis. Im weiteren Verlauf der Haushaltsausschussberatungen beantwortete ein Vertreter des Reichsfinanzministeriums die in der vorigen Sitzung vom Abg. Helmig (Soz.) gestellten haushaltsrechtlichen Fragen. Die Zusammenstellungen über Beteiligungen des Reiches, Subventionen, Kredite, Darlehen und Bürgschaften werden, wie verlangt, dem Haushaltsausschuss nach dem neuesten Stande umgehend vorgelegt. Der Haushaltsplan 1933/34 sei noch nicht so weit fertiggestellt, wie es normalerweise sein müßte. Der Hauptgrund sei, daß die Arbeitsbeschaffung in ihrer Wirkung auf den kommenden Haushaltsplan noch nicht übersehen werden könne. Der Abschluß an den Ausgaben im laufenden Jahre in Höhe von 110 Millionen könne, im einzelnen aufgeteilt, zur Zeit dem Haushaltsausschuss noch nicht mitgeteilt werden. Man wolle das aber nachholen.

Wie Klagges die Erwerbslosen behandelt

Er wird einer Unwahrheit überführt — Nazi-Funktionäre protestieren gegen Klagges' unsozialen Kurs — Nazis wollen ihre eigenen Parteigenossen herauswerfen

Braunschweig, 13. Dezember. (Eigener Drahtbericht.) Die Dienstag-Sitzung des Braunschweigischen Landtages gestaltete sich in ihrem weiteren Verlauf außerordentlich feierlich. Auf den Tribünen hatten zahlreiche Erwerbslose Platz genommen, die besonders das Schicksal der von der sozialdemokratischen Fraktion gestellten Anträge auf Schaffung von Arbeitsgelegenheit und auf Gewährung einer Winterhilfe mit Spannung verfolgten. Als Minister Klagges in einem Zwischenruf während der Rede eines KPD-Abgeordneten von „verheerten Erwerbslosen“ sprach, kam es auf den Tribünen zu lebhaftem Widerspruch. Rufe wurden laut wie: „Nieder mit Klagges.“ — Fort mit der Hungerregierung Klagges! Die Sitzung wurde unterbrochen. Der nationalsozialistische Präsident ordnete die Räumung der Tribünen an. Die Nationalsozialisten selbst konnten sich vor der Liebe ihrer eigenen Anhänger nicht retten. Zahlreiche Parteimitglieder der Nazis drangen in das Fraktionszimmer der SPD. Da der Nazi-Präsident nicht anwesend war, wandten sich die Naziabgeordneten in ihrer Bedrängnis an den sozialdemokratischen Vizepräsidenten Kiele mit der Bitte, die Entfremdung der Eingekerkerten zu veranlassen. Kiele lehnte diese Zumutung jedoch ab.

demokratischen Abgeordneten Kholoff einer Unwahrheit überführt. Klagges hatte die Behauptung aufgestellt, daß die „marginalen Landräte“ in den Braunschweig benachbarten preussischen Kreisen niedrigere Richtsätze für die Wohlfahrtsempfänger angeordnet hätten, als er in Braunschweig. Diese unwahre Behauptung wurde widerlegt. In Ganderheim, so führte der sozialdemokratische Redner unter lebhaften Hör-Hör-Rufen der Linken aus, haben nationalsozialistische Funktionäre ihre Helfer im Fürsorgeausschuss zum Protest gegen den unsozialen Kurs des Herrn Klagges niedergelegt. Die Richtsätze stehen auf dem Papier. Viele Gemeinden in Braunschweig sind durch Klagges gehalten, Sätze auszusahlen, bei denen die Erwerbslosen verhungern. Der Naziminister Klagges verfuhr sich damit herauszureden, daß die Reichsregierung für sein Vergehen verantwortlich sei. So lange die Nationalsozialisten nicht im Reich für eine kräftige nationale Wirtschaftspolitik sorgen könnten, sei an eine Besserung der Verhältnisse nicht zu denken. Er könne auch nichts anderes tun, als immer und immer wieder auf das Reich einwirken. Dieses Bankrotgeständnis wurde von der Linken festgehalten. In der Stadt Braunschweig verlachten die Kommunisten am Dienstag Nachmittag die Sprechstube verlangten Brot und Arbeit. Klagges ließ die Erwerbslosen durch kerntene Polizei auseinanderreiben. Mehrere Personen wurden verhaftet.

Abg. Hilferding (Soz.) beantragt eine allgemeine Erörterung der finanzpolitischen Lage des Reiches im Haushaltsausschuss für den 9. oder 10. Januar vor Beginn der Etatsberatungen. Es wird so beschlossen. In der Spitze der Anträge, die sich gegen die Notverordnung vom 14. Juni und die übrigen sozialpolitischen Papenverordnungen richten, stehen die sozialdemokratischen Forderungen. Ihnen gegenüber steht ganz Klein und schüchtern weit hinten ein einziger nationalsozialistischer Antrag auf teilweise Aufhebung der Notverordnung vom 5. September.

Herriot gestürzt

Wegen der Bereitschaft zur Schuldzahlung — Herriots Entwurf einer Antwort an Amerika — Auch Belgien zahlt nicht

Paris, 14. Dezember. (Eigener Funterbericht.) Die Regierung Herriot ist um 6.30 Uhr morgens deutscher Zeit von der Kammer mit 402 gegen 187 Stimmen wegen ihrer Haltung in der Schuldenfrage gestürzt worden. Die Entscheidung erfolgte bei der Abstimmung über den der Entschließung des Finanz- und des auswärtigen Ausschusses entgegengestellten Entwurf des radikalen Abgeordneten Chauvin, der denselben Wortlaut wie die von der Regierung entworfene Note an Amerika hat und für dessen Annahme Herriot die Vertrauensfrage stellte. Nach der Verkündung des Votums durch den Kammerpräsidenten erhielt die Regierung eine einstimmige Ovation, mit der die Kammer dem Mut des Radikalenpräsidenten und seiner Kollegen Glückwünsche wählte. Das Kabinett zog sich nach der Abstimmung in der Regierungskammer zurück und legte sein Demissionsgesuch auf. Um 7 Uhr morgens besah sich die Regierung zum Präsidenten der Republik und überreichte ihm das Demission-

Herriots Entwurf einer Antwort an Amerika — Auch Belgien zahlt nicht. schreiben, das der Präsident mit den üblichen Dankworten und mit der Bitte annahm, die Geschäfte bis zur Bildung einer neuen Regierung weiter zu führen. Paris, 13. Dezember. (Eig. Drahtb.) Die Regierung Herriot hat am Dienstag in einem Kabinettsrat nach Kenntnisnahme der neuen englischen Note an Amerika folgende Note zu dem Schuldenproblem ausgearbeitet: 1. Die französische Regierung nimmt von der Antwort Simons vom 8. Dezember Kenntnis, in der die Regierung der Vereinigten Staaten die Möglichkeit zuläßt, alle Elemente zu prüfen, die den französischen Antrag auf Revision und seine Inbetrachtung durch den amerikanischen Kongress und das amerikanische Volk betreffen. 2. Sie bittet um sofortige Eröffnung von Verhandlungen, die daraufhinzielen, ein Regime zu revidieren, das unvereinbar mit der rechtlichen und tatsächlichen Lage ist. 3. Die französische Regierung wird am 15. Dezember 1926 492 Dollar zahlen. Sie wird verlangen, daß diese Zahlung

Der Arbeitsminister Dr. Syrup erklärt, die Reichsregierung sei durchaus bereit, die Härten der sozialpolitischen Notverordnung zu beseitigen; eine völlige Aufhebung könne aber nicht durchgeführt werden, weil damit das gesamte Gebäude der Sozialgesetzgebung zusammenbrechen würde.

Abg. Kärten (Soz.) begründet den sozialdemokratischen Antrag auf Aufhebung der Juni-Verordnung. Keine der vielen Notverordnungen der letzten Jahre habe eine solche Empörung hervorgerufen wie die Juni-Notverordnung, durch die alle Leistungen der Sozialversicherung stark gekürzt wurden. Die Not der Sozialversicherung dürfe nicht dazu führen, die sehr kleinen Renten immer noch weiter zu kürzen. Die Regierung habe sich die Sanierung sehr leicht gemacht, sie habe den Rentnern einfach befohlen, den Hungerriemen enger zu schnallen. Auch die Bezüge aus Versicherungen, die keine Finanzschwierigkeiten haben, seien gekürzt worden. Die Regierung müsse die Mittel für die Sanierung zur Verfügung stellen. Im Reichstag werde sich, wenn die Nazis auf ihrem Standpunkt beharren, den sie im Plenum eingenommen hätten, eine Zweidrittelmehrheit gegen die Notverordnungen ergeben. Die Sozialdemokratie kann die Papennotverordnung vom Juni unter keinen Umständen passieren lassen. Abg. Kiele (Soz.) legte sich im besonderen mit den Deutschnationalen auseinander. Die sozialdemokratischen Anträge auf rechtzeitige Sanierung der Invalidenversicherung seien von den Deutschnationalen stets bekämpft worden. Abg. Reinhardt (Nation.) sprach in scharfen Worten gegen die Juni-Notverordnung, erklärte dann aber, daß seine Fraktion sich noch nicht entschieden habe, ob sie der Aufhebung dieser Notverordnung zustimmen oder einen eigenen Gegenschritt als Ersatz für sie einbringen würde. Erwin (Str.) betonte, daß seine Partei keine allgemeine Aufhebung der Notverordnung wolle, sondern eine Verbesserung im Einklang mit der Regierung. Vor Beginn der Abstimmung über die Anträge zur Aufhebung der Juni-Notverordnung erklärte der Vertreter des Reichsarbeitsministeriums, daß ein solcher Beschluß des Haushaltsausschusses einfach nicht durchgeführt werden könne, weil damit die Garantie für eine geordnete Arbeitslosenhilfe dann nicht mehr gegeben sei. Infolge dieser Stellungnahme erklärte das Zentrum, daß es sich, obwohl es bei dem Beschluß des Haushaltsausschusses sich noch nicht um eine Stellungnahme des Reichstagsplenums handeln werde, an den Bestimmungen nicht beteilige. Darauf wurde der sozialdemokratische Antrag, der die Aufhebung der Juni-Not-

bei dem neu zu vereinbarenden Abkommen in Rechnung gestellt wird. Die französische Regierung hat die Ehre, die Regierung der Vereinigten Staaten davon zu unterrichten, daß Frankreich, solange bis durch das Moratorium geschaffene Lage aufrechterhalten bleibt und wenn nicht eine neue allgemeine Regelung der internationalen Schulden erfolgt, rechtlich und tatsächlich außerstande sein wird, von jetzt ab die Lasten eines Regimes zu tragen, das anfrichtig nur durch die Begleichung der Reparationen gerechtfertigt werden kann.

Diesen Text unterbreitete der Ministerpräsident dem Finanz- und dem auswärtigen Ausschuss, die um 2 Uhr zu einer gemeinsamen Sitzung zusammentraten. Er begründete ihn nicht näher, sondern wies nur auf den ersten Beschlus hin, den die Kammer zu fassen habe und auf die Möglichkeit, daß eine Zahlungsverweigerung das Ende der Lausanner Abkommen zur Folge haben würde. Beide Kommissionen berieten darauf getrennt über den Regierungsentwurf. Der auswärtige Ausschuss lehnte ihn mit 24 gegen 8, der Finanzausschuss mit 22 gegen 9 Stimmen ab. Der Generalberichterstatter der Finanzkommission, Lamoureux, und das Mitglied des auswärtigen Ausschusses, Berger, wurden beauftragt, eine gemeinsame Entschließung auszuarbeiten, die der Kammer zur Annahme empfohlen werden soll. Diese Entschließung war in verhältnismäßig kurzer Zeit fertiggestellt. Sie stützt sich in ihren wesentlichen Teilen auf die Entschließung, die am Montag die sozialistische Fraktion angenommen hat, d. h. sie fordert die Regierung auf, im Einklang mit England und den anderen Schuldner Amerikas sofort die Einberufung einer internationalen Konferenz zu beantragen, die allen Geldüberweisungen ohne Gegenleistung ein Ende machen und die wirtschaftliche Lage sanieren soll. Bis zum Abschluß dieser Konferenz soll die am 15. Dezember fällige Zahlung aufgeschoben werden. Beide Kommissionen nahmen diese Entschließung an.

Inzwischen hatte um drei Uhr die Kammer Sitzung mit einer Rede des nationalsozialistischen Abgeordneten Marin begonnen, der nach der Geschäftsordnung als einziger Redner zu der am Vorlage von Herriot abgegebenen Erklärung Stellung nehmen konnte. Marin sprach sich gegen die Zahlung aus, suchte aber zu beweisen, daß damit die Unterschrift Frankreichs unter dem Schuldenabkommen nicht geleugnet werde. Denn durch seine zahlreichen Interventionen, die zum Abschluß des Moratoriums im Vorjahre und zu dem Lausanner Abkommen geführt haben, habe Hoover selbst die unterzeichneten Verträge hinfällig gemacht. Frankreich verlange Achtung vor den Verträgen, aber diese Achtung bedeute auch, daß diejenigen, die die Durchführung der Verträge unmöglich gemacht haben, sich nicht den Konsequenzen ihrer Initiativen entziehen.

Nach einstündiger Unterbrechung der Sitzung, die dadurch notwendig wurde, daß die gemeinsame Entschließung des Finanz- und auswärtigen Ausschusses noch nicht fertiggestellt war, gaben die Vorsitzenden beider Ausschüsse ihre Beschlüsse dem Plenum bekannt. Die Beratung des von den Kommissionen abgelehnten Regierungsentwurfs fand nur bei einem Teil der Radikalen Beifall. Die übrige Kammer schwieg. Dagegen wurde die gemeinsame Entschließung der beiden Ausschüsse, die die Zahlung ablehnt, mit großem Beifall angenommen. Franklin Bouillon, der als erster Redner für die Generaldebatte eingeladen war, verzichtete aufs Wort und bat die übrigen Redner das gleiche zu tun, um sofort ein einstimmiges Votum herbeizuführen und nicht einen Beifall, der die Kammer spalte. Im Namen des auswärtigen Ausschusses begründete darauf Abgeordneter Berger die von den beiden Kommissionen ausgearbeitete Entschließung.

Der Standpunkt der Sozialisten

Paris, 14. Dezember. (Eigener Journalbericht.) Vor der Abstimmung hatte Abg. Vincent Auriant den ablehnenden Standpunkt der Sozialisten begründet. Er erklärte, die Sozialisten wüßten sehr gut, daß von ihren Stimmen das Schicksal des Kabinetts abhängt, aber gemäß ihrer Haltung bei allen Debatten über Schulden und Reparationen seien sie genügend, diesmal gegen die Regierung zu stimmen; denn sie hätten niemals die Trennung der Reparationen von den Schulden zugelassen und wollten dies noch einmal betonen. Daher müßten sie den Ministerpräsidenten bitten, die von den beiden Kommissionen ausgearbeitete Entschließung anzunehmen. Seine Aufgabe würde dadurch sehr erleichtert werden. (Beifall.)

Das Hoover-Moratorium habe die Lage vollkommen geändert und gerade auf dieses Moratorium habe sich die Regierung gestützt, um einen Zahlungsaufschub für die am 15. Dezember fällige Rate zu verlangen. Das von Hoover für die Ablehnung des Zahlungsaufschubs angeführte Argument, daß er die Zustimmung des Kongresses für den Zahlungsaufschub brauche, sei nicht stichhaltig; denn er habe ja die Initiative für das Moratorium auch ohne Bezeugung des Kongresses ergreifen. Schließlich wies Auriant darauf hin, daß die Zahlung in Frankreich eine gefährliche nationalistische Bewegung hätte hervorrufen können, wie das in Deutschland nach der Ruhrbesetzung der Fall gewesen ist. Die Sozialisten hätten Gerechtigkeit für Deutschland verlangt. Jetzt verlangten sie die gleiche Gerechtigkeit für ihr eigenes Land. (Großer Beifall links.)

Herriot verles die noch einmal in einer langen Rede die Kammer umzustimmen.

Nach einer kurzen Pause, die der Verkündung des Abstimmungsergebnisses folgte, nahm die Kammer die Sitzung wieder auf und billigte die von den beiden Ausschüssen vorgelegte Entschließung. Dieses Votum hat aber nach dem Sturz der Regierung keine praktische Bedeutung mehr.

Die durch den Kabinettssturz geschaffene Lage ist sehr verwickelt. Da das gegen die Regierung abgegebene Votum kein politisches Votum ist, wird der Präsident der Republik nicht, wie es die Tradition verlangt, den Führer der radikalen Partei, die den Sturz der Regierung veranlaßt hat, in diesem Falle also den Führer der Sozialistischen Partei, mit der Bildung des Kabinetts beauftragen können. Man ist vielmehr der Ansicht, daß der Präsident, nachdem Herriot eine Neuernennung im voraus abgelehnt hat, wieder ein Mitglied derselben Partei, die die bisherige Regierung gebildet hat, mit der Leitung der Regierungsgeschäfte betrauen wird. Dafür kommt in erster Linie Daladier in Frage. In parlamentarischen Kreisen wird auch davon gesprochen, daß Kriegsminister Paul Boncour große Aussichten auf Ernennung zum Ministerpräsidenten hat.

Überraschung in USA.

Washington, 14. Dezember. (Eig. Journalbericht.) Die französische Regierungskrise und die belgische Zahlungsverweigerung haben in Kreisen des Bundeskongresses und der Regierung wie eine Bombe eingeschlagen. Man beginnt langsam die Konsequenzen der seitgehenden Schuldenfrage einzuleben und einen Ausweg zu suchen, ohne dabei jedoch die eigene unverwundliche Stellung aufzugeben. Eine Beantwortung der letzten englischen Note ist nicht beabsichtigt. Die englischen Einwände werden in amtlichen Kreisen als belanglos für den Standpunkt der Vereinigten Staaten, aber als künftiger Ausgangspunkt für die Abschneidung der Schulden Diskussion betrachtet. Die

maßgebenden Entscheidungen sind erst nach dem Amtsentritt von Roosevelt zu erwarten.

Nach Regierungskrise in Belgien

Brüssel, 15. Dezember. (Eigener Journalbericht.)

Die belgische Regierung hat am Dienstag Abend sechs Stellen, die am 15. Dezember fällige Rate zu zahlen in Amerika zu verzögern. Sie hat diesen Beschlus bereits offiziell dem amerikanischen Gesandten mitgeteilt.

Das offizielle Communiqué stellt fest, daß der letzten belgisch-amerikanischen Schuldenregelung vom Jahre 1925 ausdrücklich die Leistungsfähigkeit Belgiens zugrunde gelegen habe. Durch das von Hoover vorgeschlagene Schuldenmoratorium vom Jahre 1931 und durch die Lausanner Vereinbarungen habe Belgien aber wieder Einnahmen verloren, die wesentliche Bestandteile seines Haushaltes darstellten.

Im gleichen Kabinettsrat, der die Zahlungsverweigerung beschloß, war auch der Rücktritt der Regierung im Anschluß an die letzten Parlamentswahlen beschlossen worden. Der König hat aber den Ministerpräsidenten de Broqueville mit der Neubildung der Regierung sofort wieder betraut.

Rheinische RPD-Presse verboten

Köln, 13. Dezember. (Eigener Drahtbericht.)

Der Oberpräsident der Rheinprovinz hat die kommunistische Presse des Rheinlandes, die „Sozialistische Republik“ in Köln, die „Freiheit“ in Düsseldorf und das „Ruhr-Echo“ in Essen bis zum 31. Dezember verboten. Als Grund werden zahlreiche Artikel, in denen zu gewalttätigen Aktionen aufgefordert worden ist, angeführt.

Reizende Zustände bei den Nazis

Nazis prügeln sich wegen Strasser — Wieder ein Nazimann als Betrüger entlarvt — Die Zustände in der braunschweigischen Nazijustiz

Der Führertrah im Hitlerlager beginnt sich nach unten fortzupflanzen. Hier aber in der Art wie es gelehrt wurde und wie es sich für SA-Meute gegiemt.

In Gladbach-Rhendi plagte das Unwetter mitten in einen Nazi-Unterhaltungsabend. Statt zu tanzen, wie es verordnet war, diskutierten die Helben des Dritten Reiches über Hitler und Strasser. Geistige Argumente sind aber stets die schwache Seite der Hitlerjünger gewesen und deshalb verachteten sie die Strasseranhänger mit Stuhlweiden zu überzeugen. Der Standartenführer ließ zwar „Das Ganze halt!“ bläsen, jedoch diesmal mit dem Erfolg, daß die „Diskussion“ ersticklich einkehrte. Die Polizei mußte kommen und den Saal räumen, aber auf der Straße ging es munter weiter. Es gab zahlreiche Verletzte.

Hagen, 13. Dezember. (Eig. Ber.)

Die Strafkammer in Hagen verhandelt seit einigen Tagen gegen den Nazimann und Amtsentwickler Eilke Reinkenhöfer wegen Amtsunterschlagung Beitrags, Urkundenfälschung usw.

Weinkenhöfer verwalte die Kassen von sieben Gemeinden und drei Kirchengemeinden des Kreises Weithofen und plünderte sie. Festgestellt ist ein Betrag von 25 000 RM, den er aus den Kassen für seine Privatweide verschwand ließ. In der Verhandlung wurde u. a. ein Brief dieses Betrügers verlesen, den er an die Nazifraktion des Reichstages geschrieben hat, in dem er seine Parteifreunde auffordert, dahin zu wirken daß die Unmestie auf alle Straftaten ausgebeutet werde.

In ihrer Antwort schrieb die Nazifraktion, sie habe diese Unrecht in Arbeit gegeben.

Ein Zeichen, daß sie auch Weinkenhöfer nicht abhütet, sondern trotz seiner Betrügereien deckt. Das Urteil gegen Weinkenhöfer steht noch aus.

Braunschweig, 13. Dezember. (Eigener Bericht.)

Die Blamage der braunschweigischen Justiz im Falle des Haffelfelder Amtsgerichtsrats Meinecke entsetzte in der Dienstag-Sitzung des Landtages eine längere Debatte. Von sozialdemokratischer Seite wurde die sofortige Entsetzung des Gefängnisarztes verlangt, der sich neben dem Amtsgerichtsrat mit seiner Familie ebenfalls an den Antofahrten mit seinen nationalsozialistischen Straßengangenen beteiligt hat. Lebhaft kritisierten die sozialdemokratischen Redner die Tatsache, daß Meinecke, trotzdem seine Verfehlungen der Regierung bekannt geworden sein mußten, noch monatelang im braunschweigischen Justizdienst beschäftigt worden ist. Vergeblich veruchten die Nazis von der unangenehmen Affäre abzurücken. Sie gestiegen sich unter Gelächter der Linken

als Reinger der Justiz. Der deutsche nationale Justizminister Dr. Rüchenthal tat völlig unorientiert. Er wurde jedoch durch die Affäre eines anderen überführt.

Die Harzburger vor Gericht

Nazis beschimpfen Stahlhelmer und vergleichen sich Interessantes über die Waffenlager des Stahlhelms

Am Dienstag stand sich die Harzburger Front zur Abmählung in Berlin vor Gericht gegenüber. Es war nämlich einer Privatklage des Berliner Stahlhelmmajors Stephani gegen den Redakteur Dürr des Berliner Naziblattes. Trotz aller Feindschaft kam ein Vergleich zustande.

Anfang August dieses Jahres, als Hitler seiner SA die Macht ergreifung verheißt hatte, erschien in der Berliner „Kreuzzeitung“ ein Brief von Stephani, worin der Stahlhelmmajor sich öffentlich beklagte, die SA habe an verschiedenen Orten der Mark Brandenburg verstoßen, sich der Waffenlager des „Stahlhelms“ gewalttätig zu bemächtigen. Dabei hätten sich die Eindringlinge auf die Reichswehr berufen, die eben wie die Polizei den kommenden Hitlerputsch mitmachen würden. Diese Plucht des „Stahlhelms“ an die Öffentlichkeit verletzten die Nazipartei in helle Empörung. Stephani wurde in allen Naziveranstaltungen in der rüdeften Art beschimpft: Schwein, Lump, Schuft. Das Berliner Naziblatt foht in der vorbesten Reihe. In zwei Artikeln nannte es den Stahlhelmführer einen Denunzianten und Vertreter der nationalen Sache.

Stephani beschwerte sich deshalb bei den „feinen Leuten“ in der Nazipartei, und der Führer der Berliner SA, Graf Heideck, erklärte sich bereit, den Stunt zu dämpfen. Das Naziblatt versprach eine Berichtigung, aber so viel Berichtigungen und Ehrenworte auch von dem Naziblatt gegeben wurden, so oft wurden sie auch gedrohen. Stephani klagte deshalb.

In der Gerichtsverhandlung, der drei Reichswehr-offiziere bewohnten, waren die feindlichen Brüder mit ihren Anwälten erschienen. Zuerst beschimpften sie sich noch einmal, dann schlossen sie einen Vergleich. Das Naziblatt will alle Berichtigungen unter der Ueberschrift „Major von Stephani gerechtfertigt“ zurücknehmen und alle Kosten tragen. Stephani aber, der seine Harzburger vom Hakenkreuz kennt, erklärte ausdrücklich: Der Vergleich ist erst gültig, wenn die Berichtigung und Ehrenerklärung gedruckt im Naziblatt zu lesen sei. Und nun auf zum nächsten Spektakel.

Wahn-Europa 1934

Von Hans Soblo

Deutsche Rechte: Fadelreiterverlag, Hamburg-Bergedorf (Nachdruck verboten)

„Wir brauchen nur auf den Knopf zu drücken, dann steht unsere Front!“ gibt Mäe impulsiv zurück. „Brouca hat eben die Kurie nach London und Berlin abgefertigt. Der Karrier nach Mailand geht in einer halben Stunde mit dem Bahngüterzug ab. Vermutlich wird es das letzte sein, das zwischen Frankreich und Italien verkehrt!“

„Nicht die Hoffnung aufgeben!“ mahnt aufgeregt Champelle. „Auch von unserer Seite darf nichts überhört werden...“

„Brouca Kabelbesprechung war klar und eindeutig!“ unterbricht Brouca den Minister.

„Trotzdem keine Uebereilung!“ mahnt Champelle aufs neue. „Mäe laßt. Sie wollen lieber warten, bis die Grenze geperrt ist, nicht wahr?“ Champelle will ihr erwidern, Mäe mahnt ihn mit einer Handbewegung kumm.

Das hartlose Konversationsgespräch bekommt zwei Falten zwischen Nase und Mund.

„Wir sind keine Beschränker!“ Lomnier rüdt unruhig den Klemmer auf der Nase zurecht.

Brouca sieht am Fenster und steht auf die Straße. Der Fensterrahmen ist von seinem massigen Oberkörper fast ausgefüllt. Links und rechts weht der Vorhang über die Schultern herüber. Was wir bisher in Italien organisierten konnten, ist verflucht wenig!“ sagt er, ohne sich umzudrehen. „Capponi hat zwar gesagt, daß die Arbeiter ohne äußere Geschlossenheit sind. In jeder Hebril sitzen Schwarzgehenden als Spitze. In wette, unter Karrier, der in zehn Minuten losläßt, wird auf dem Mailänder Flughafen gepöblt und verschwindet auf Zimmerweberischen. Die feindschaftlichen Agenten verpesten Europa wie früher die Jarentzjone.“

fängt Europa braucht dieses Blutvergießen! Eher vernichten wir den Krieg nicht an der Wurzel! Brouca! Versehen Sie mich? Das wird dann der große Appell zur Abschaffung sein! Der wird die Völker aufschrecken aus ihren feigen Träumen! Neue Welten entstehen nur nach Sintfluten!“

Wichtig droht Brouca vom Fenster her. Es ist ein Wetterleuchten in diesem uraltschönen Antik. Neue Welten! Die, wie Brandt immer wieder verkündet hatte, von unten heraus gebaut werden müßten, nicht von der Krone nach unten! Er sieht hin zu Lomnier, der seinen Klemmer vergemalligt, weil der plötzlich nicht mehr auf dem dünnen Rajenrücken sitzen will. Und dort Willaut, der seine Zigarette zerkaut, und da hinten an der Tür Minister Champelle, ungeschlüssig die Finger ineinander drehend. Also den Krieg als Gottesgeschenk herbeizuleiten nicht wahr? Damit die Erde neuen Kurs bekommt? Aber erst hindurch durch die Sintflut. Umstreifung des Teufels durch Weltgeheim! War das nicht ein wahnsinniges Versuch der Götter und Menschen! ... Und Leon Brandt...? Der würde jedem den Hals umdrehen, der ihn mit solcher Verachtung käme...!

Brouca tritt zwei Schritte vor. In seinen Augen ist das Feuer wieder erloschen, fast ruhen sie auf Mäe.

„Die Union“ ist keine Werbezentrale für den Bolschewismus!“ sagt er mit drohender Ruhe.

„Große Ideen haben überhaupt keinen Namen!“ wirft ihm Mäe zurück. Niemand auch gebiert die Ideen. Sie sind da, machen aus der Luft. Der Kommunismus ist die nächste Epoche. Auch die Union“ hält ihn nicht auf!“

Broucas Barzgewirr wogt. „Was in zwanzig, fünfzig Jahren kommt, werden unsere Söhne vollenden.“ Möglich wird er groß. Kommunismus! Keinerwegen! Aber dann soll er wählen werden! Revolutionen, auch die blutigsten, überbringen keine Einmüchtungsstufen, sie knüpfen am Ende immer wieder dort an, wo die alte Welt in Stücke ging. Worte unseres Leon Brandt. Dabei bleibt es!“

„Aufstand!“ höhnt ihm Mäe entgegen.

Brouca nickt mit dem gewaltigen Schädel. „Diktatur einer Klasse! Umgehender Faschismus!“

„Wird es zum Zweck?“ Mäe zeigt ironisch ihr Gebiß. „Nein, nur ein Beweis, daß alles, was nicht naturhaft reißt, verstrümpelt ist.“ Brouca geht einen Schritt auf Mäe zu. „Was soll das übrigens in diesem Augenblick? Wir haben nur eine Aufgabe: das drohende Gespenst des Krieges abwenden. Nicht mehr und nicht weniger. Die Aufgabe ist lauer genug!“ Er läßt

die Landzug stehen und stampft zur Tür. „Unten warten die Vertrauensmänner der Betriebe...“ Er geht schon draußen auf dem Korridor, dessen Parkettboden unter den Schritten des ehemaligen Schmiedes schillert und ächzt.

IX.

Der „Helios“ hat eine unruhige Nacht hinter sich. Von Mitternacht bis zum Morgenrauschen hat er sich mit bössartigen Winden und Nebeln herumgeschlagen. — Jetzt schließt sich die Sonnenscheibe übers Meer heraus. Die Uhren sind auf Pariszeit vorge stellt. Zehn Uhr vormittags.

Brandt recknet. Noch viertausend Kilometer! Zwanzig Flugstunden, neunzehn, achtzehn! Jetzt werden alle bei der Arbeit sein: Brouca, Vonnier, Willaut, die Landzug, die anderen in London, Berlin, in Brüssel, Warschau, Wien und Madrid... Aufmarsch eines gigantischen Menschenheeres gegen die andärende Katastrophe, die nicht nur drei Völkern zugebracht ist, sondern alle ruinieren muß. „Glück und Unglück sind nicht Sache eines Volkes, sondern aller Völker!“

Warum rafft sich Saint Brice nicht zu einer noblen Gebärde auf, die überdies klug wäre? Warum dieser Rausch von Macht, Ehre und Traditionsglauben! Warum reicht Capponi dem französischen Volk nicht verständlich die Hand? Welche Lorbeeren laßt solche Staatskunst eintragen?

Standis Finger zieht aus der Tasche der Lederweste ein Blatt Papier. Er hat die Depesche schon in Washington vorbereitet. Jetzt muß sie gefunkt werden! Er dreht sich um und streift Laroque das Papier hin. Der liest, blüdt überrascht auf.

„Bitte loszutun!“

Laroque läßt den Sender spielen.

„Ministerpräsident Capponi, Rom — Unsere Völker begehren den Frieden, weil sie wissen, daß ein Krieg Anarchie und Auflösung bedeutete. Sollte es zwischen zwei großen und edlen Nationen kein würdigeres Instrument geben als diplomatische Noten, neben denen schon das Schwert liegt? In zwanzig Stunden bin ich in Paris. Mit letzter Kraft werde ich für den Frieden und gegen den Krieg kämpfen. Der Weg der Veröhnung muß gefunden werden! Ich vertraue mit Zuversicht auf Ihre Ritterlichkeit und auf eine Antwort an Frankreich, die die Brücke nicht zerhauen. Europa erwartet mit bestem Herzen, daß seine Führer in dieser Stunde so groß sind, wie sie vor zwanzig Jahren klein und unfähig waren. Frankreich grüßt Italien! — Leon Brandt.“

Hat Papen

die Deutschnationalen finanziert?

Die Nazis behaupten im Hauptauschuss, daß die Deutschnationalen Wahlgelder aus Staatsmitteln erhielten — Hauptauschuss beschließt Untersuchung — Auch die Willkür der Nazi-Regierungen in Braunschweig und Anhalt soll untersucht werden

Im Hauptauschuss des Preussischen Landtags, am Montag und Dienstag tagte, stand das Verhältnis der Harzburger untereinander wieder einmal im Vordergrund der Debatte.

Die Nationalsozialisten beschwerten sich in einem Antrag über den Düsseldorf-Polizeipräsidenten, ohne jede stichhaltige Begründung sämtliche nationalsozialistischen Wahlveranstaltungen verboten habe, und zwar sei zugunsten der Deutschnationalen geschehen. Die ganze Politik von Dr. Brauns und seiner Helfer in Preußen gehe auf hinaus, den Deutschnationalen zu helfen.

Die finanzielle Unterstützung der Deutschnationalen durch Mittel des Reichs und des Staates entziehe sich vorläufig noch der Kenntnis des Volkes. Es stehe aber fest, daß eine ganze Anzahl deutschnationaler Großgrundbesitzer im Wahlkreis Frankfurt an der Oder Millionen erhalten haben.

Auf diese Weise sei der letzte Wahlkampf finanziert worden. Man habe diese Gelder unter der Bezeichnung Stille Hilfe und Umwidmung gezahlt und so die Parteikassen der Deutschnationalen Volkspartei gefüllt. So seien allein an drei Großgrundbesitzer im Kreis Vebus, die der Deutschnationalen Volkspartei angehören, rund 950 000 Mark gezahlt worden. Es handele sich um die Großgrundbesitzer von Flemming, Graf von Hardenberg und von Stünkel-Katze.

Mit diesen Begründungen beantragten die Nationalsozialisten, daß die Behinderung des Wahlkampfes durch die Polizeibehörden des Herrn Dr. Brauns förmlich verboten und unter Strafe gestellt werde, daß die gesamte Finanzgebarung der Herrentabusregierung Reich und in Preußen, soweit sie den Mißbrauch der Stille Hilfe und der Umwidmungsmittel betreffe, einer strengen Untersuchung unterworfen werde und die schuldigen Polizeibeamten sowie die Polizeipräsidenten von Berlin und Düsseldorf ihrer Ämter entsetzt und gerichtlich bestraft wegen Amtsmißbrauch zu werden.

Im Verlauf der Beratungen schwächten die Nationalsozialisten ihren Antrag wesentlich ab. Sie verlangten jetzt, daß die Handlungsweise des Polizeipräsidenten in Düsseldorf nachträglich zum Gegenstand einer eingehenden Untersuchung gemacht, daß die Finanzgebarung des Kabinetts von Papen nachträglich in dem Sinne einer Untersuchung unterworfen werden solle, ob Stille Hilfe und Umwidmungsmittel für Zwecke der Wahlpropaganda verwendet worden seien und daß jede Behinderung der Wahlkämpfe durch parteilich eingestellte Beamte künftig unter besondere Strafe gestellt werde.

Auf die Einwendungen der Sozialdemokraten, daß die Behauptung der Unterstützung deutschnationaler Grundbesitzer nicht mehr als feststehend angesehen werde, sondern die Frage so zu stellen sei, ob überhaupt solche Mittel für die deutschnationalen Propaganda verwendet worden seien, bemerkte ein Nationalsozialist, daß diese von ihm angeführten Behauptungen wahr seien. Er fügte hinzu, daß der Großgrundbesitzer von Dohna-Schlösschen 540 000 Mark und ein früherer Landwirtschafts- und Ernährungsminister Graf Kanitz 500 000 Mark Unterstützung aus der Stille Hilfe erhalten hätten. Die Untersuchungen über die Geldverwendungen an die Deutschnationalen müsse die Schleicher-Regierung vornehmen. Auf die Untersuchung dieser Geldverwendung durch einen Untersuchungsausschuss verzichteten die Nationalsozialisten. Ihr Antrag wurde schließlich angenommen; desgleichen der Antrag, daß die Behinderung von Wahlkämpfen durch parteilich eingestellte Beamte künftig bestraft werden soll.

Die Zustimmung über den Antrag gegen den Polizeipräsidenten in Düsseldorf führte bei den Nationalsozialisten zu einem reinen politischen Betriebsunfall. Der Antrag lautet: „Die Handlungsweise des Polizeipräsidenten in Düsseldorf gelegentlich der Abhaltung nationalsozialistischer Versammlungen ist nachträglich zum Gegenstand einer eingehenden Untersuchung zu machen.“

Die Sozialdemokraten beantragten, hinter „ist“ einzufügen: „gemeinsam mit der willkürlichen Behinderung sozialdemokratischer Versammlungen durch nationalsozialistische Minister in Braunschweig und Anhalt“. Dieser Antrag wurde gegen die Nationalsozialisten angenommen und damit die Preussische Staatsregierung aufgefordert, auf die Reichsregierung einzuwirken, daß die Willkür in Braunschweig und Anhalt ebenfalls untersucht wird. Die Nationalsozialisten tritten diese Willkür in Braunschweig und Anhalt gar nicht ab.

Der Vorsitzende Hincker erklärte vielmehr, daß die Nationalsozialisten nach dem Rezept handeln würden, „Haut du meinen Juden, hau ich deinen Juden“. Auf die Frage, warum es immer ein Jude sein müsse, auf den die Nationalsozialisten loslassen könnten, stammelten die Nazi-Vertreter einige unverständliche Ausreden. Sie mußten aber mit kläuernder Miene hinnehmen, daß ihre Anträge, vor allem die die frühere preussische Regierung treffen sollten, jetzt gegen die nationalsozialistische Polizeigewalt in Klagegestalt und Anhalt richten.

Alarm um den Völkerbund

Der Völkerbund steht jetzt vor der Entscheidung, der er seit einem Jahre systematisch ausgewichen ist. Er muß jetzt endlich in dem Konflikt um die Mandchurei in Farbe bekennen.

Die Großmächte, die in Genf tonangebend sind, hätten die Möglichkeit gehabt, schon im Herbst 1931 den Konflikt im Keime zu ersticken, indem sie das offensichtliche Unrecht Japans sofort festgestellt und dem Angreifer zumindest wirtschaftliche Repressalien angedroht hätten. Dazu hat ihnen der Mut gefehlt. Unter Führung von Briand, der nur noch ein Schatten seiner selbst war, und dem englischen Außenminister Sir John Simon, der immer nur schöne Reden hält, aber ein Musterbeispiel des Mangels an Tatkraft ist, haben die Mächte es vorgezogen, Zeit zu gewinnen. Diese Zeit hat Japan rücksichtslos ausgenutzt, um immer neue vollendete Tatsachen zu schaffen, ungeachtet der Untersuchungskommission, die der Völkerbund nach dem Fernen Osten zu entsenden beschloß. Sogar die grausame militärische Strafexpedition, die die Japaner mitten im Frieden gegen die Zivilbevölkerung von Schanghai unternahmen, ist ohne Sühne geblieben. Der Völkerbund erreichte zwar die Einstellung der Feindseligkeiten, aber nur um den Preis, daß die Japaner ihre Herrschaft in der Mandchurei weiter befestigten und den künftigen Staat Mandschuko mitten während der Unterjochungsmassaker der Völkerbundskommission ins Leben riefen.

Die Passivität des Völkerbundes, der immer wieder vor der japanischen Austrittsdrohung zurückwich, hat den Glauben der Welt an den Völkerbundgedanken schwer erschüttert. In

dessen hatte man die öffentliche Meinung immer wieder auf den Bericht der Kommission vertraut, und als dieser im Stillsommer dieses Jahres veröffentlicht wurde, durfte man wieder hoffen, daß der Völkerbund seine Ehre und seine Existenz dennoch retten würde. Denn der Lytton-Bericht war eine mutige Tat. Er stellte die Schuld Japans eindeutig fest, ebenso wies er nach, daß der „unabhängige“ Mandchurei-Staat ein japanischer Schwindel sei. Wenn auch die Kommission in ihren Vorschlägen manche „realpolitische“ Konzession an die japanischen Wünsche zu machen bemüht war, so war sie immerhin in ihren Schlußfolgerungen bemüht, das verletzte Recht weitgehend wiederherzustellen.

Jetzt gab es für den Völkerbund kein Ausweichen mehr. Aber wieder einmal legt die japanische Erpressung ein, noch brutaler, noch zynischer als je zuvor. Und nun, wo endlich die Völkerbundsammlung zur Beratung über den Lytton-Bericht zusammentrat, gaben die Großmächte abermals das Signal zur Kapitulation. Demgegenüber haben die Vertreter Spaniens (Madariaga) und der Tschechoslowakei (Benesch), sowie der Delegierte Irlands, darauf hingewiesen, daß es für den Völkerbund eine Frage auf Leben und Tod ist, China nicht im Stich zu lassen und den Kommissionsbericht gutzuheißen. Sie haben sogar eine mutige Resolution eingebracht, in der unzweideutig festgelegt wird, daß Japan einen dreifachen Vertragsbruch — am Völkerbundsstatut, am Kellogg-Pakt und am Washingtoner Neunmächtevertrage — begangen hat.

Abermals erhebt Japans Delegierter Matsuda seine Stimme und droht mit Konsequenzen — also mit dem Austritt Japans aus dem Völkerbund — wenn die Bestimmung irgendeinen Beschluß sagt, den die japanische Regierung als Kränkung empfinden würde! Abermals sind es die Großmächte unter Führung Englands, die die kleinen Mächte in ihrem Kampf um das Recht des Angegriffenen im Stich lassen und dem Angreifer moralische Hilfe leisten. Sir John Simon hat nicht etwa die Annahme des Lytton-Berichtes mit den entsprechenden Konsequenzen vorgeschlagen, sondern „direkte Besprechungen“ zwischen China und Japan. Wir wissen, was das praktisch bedeuten würde: neue Verzögerung der Entscheidung, neue vollendete Tatsachen, die Japan inzwischen schaffen würde, um dann zu erklären, daß eine Verständigung mit China unmöglich sei und daß Japan eine weitere Einmischung in die Mandchurei-Frage nicht dulden könne.

Wir warnen! Man hat die öffentliche Meinung der Welt ein volles Jahr lang auf den Kommissionsbericht vertraut und versichert, daß der Völkerbund mit seiner Willkür erfüllen könne, wenn er im Besitz aller Unterlagen sein würde. Jetzt ist der Bericht da, sein Sinn ist unzweideutig, seine Vorschläge sind durchführbar — und dennoch wanken sich die Mächte abermals vor der Verantwortung drücken! Wenn das geschieht, dann wird jeder Glaube an den Völkerbund bei den großen Nationen und erst recht bei den kleinen endgültig zerstört werden. Die Folgen wären geradezu katastrophal. Es wäre dies ein Triumph der Imperialisten und Militaristen aller Länder, die immer den Völkerbundgedanken als Utopie verpöten haben und die nun scheinbar recht behielten. Das neue Weltkräftchen kann dann beginnen, der neue Weltkrieg ist dann nur noch eine Frage der Zeit.

Wollen sich die Völker das alles widerspruchslos gefallen lassen? Sie müssen ihre Stimme erheben und fordern, daß die großen Mächte, die in Genf maßgebend sind, ihre Pflicht erfüllen: kein weiteres Zurückweichen vor Japan, Annahme des Lytton-Berichtes, Durchführung seiner Vorschläge und, wenn es sein muß, gemeinsame Sanktionen zumindest wirtschaftlicher Art gegen Japan. Nur so ist der Friede zu retten, nicht nur der Friede im Fernen Osten, sondern der Friede der Welt!

Die Not ist groß! Helft sie lindern!

Von der Wintertätigkeit der Arbeiterwohlfahrt in 1932-1933

„Die Not ist groß! Helft sie lindern!“ Einen Aushang mit dieser Aufschrift (er umrahmt zwei ausgezerrte Stadtkindergestalten, die sich ängstlich aneinanderklammern), sieht man schon seit einer Reihe von Jahren in den Straßenbahnen einer weitläufigen Großstadt. Die Arbeiterwohlfahrt, die darauf um Unterstützung bittet und sich so an das breite Publikum wendet, appelliert da an das Kollektive Bewußtsein jedes einzelnen von uns.

„Die Not ist groß! Helft sie lindern!“ — man muß an diese werbende Aufschrift erst recht in diesem Winter denken, der die ganze Kulturmenschenheit in wirtschaftliche und damit auch politische und soziale Schreden legt, wie sie mindestens seit den napoleonischen Kriegen, also seit mehr denn hundert Jahren, Europa unbekannt blieben. Allein in Deutschland rechnet man mit doppelt soviel Erwerbslosen in diesem Winter, als kleinere Länder Europas, etwa Dänemark oder Bulgarien überhaupt Einwohner zählen. Die von keiner Seite bestrittene Notwendigkeit zu drakonischer Sparsamkeit — nur über das Wie und an welchen Einzelheiten des öffentlichen Lebens entzündet sich der oft genug leidenschaftliche Streit der Interessen — zwingt auch zur Trostleistung von sozialen Ausgaben, die ja in der Republik den erheblichsten Teil aller öffentlichen Verpflichtungen ausmachen. Knapper und knapper werden also die Auszahlungen der Arbeitsämter auf den einzelnen Fall in der Erwerbslosenversicherung und Krisenfürsorge. Immer dürftiger werden, trotz steigender Gesamtbelastung, die Unterhaltungen der Wohlfahrtsämter für die einzelne Partei. „Freiwillige“ Sachleistungen als Zusatzleistungen, die noch vor zwei Jahren in erheblichen Wertmengen der damals viel kleineren Zahl der Unterhaltungsberechtigten zugute kamen, sind zugunsten der gesetzlich vorgeschriebenen Barunterstützungen in allen Städten und Gemeinden fast so gut wie ganz verschwunden. Aber auch die Barunterstützungen selbst haben sich unter dem Druck der überall leeren Kassen auf den Rathhäusern starke Abzüge gefallen lassen müssen.

Dabei ist das noch am meisten Aufreizende und Reinigende, daß mittlerweile eine Strukturverschiebung in der Zusammensetzung der von der Kapitalismen Krise erfaßten und zu Boden gedrückten Menschen stattfindet, die gerade der Sozialverpflichtung unmöglich übersehen kann. Erwerbslosigkeit als Massen- und als Dauererscheinung ist (mit ganz geringen Unterbrechungen, die aber sämtlich keineswegs den Nullpunkt erreichen) ja etwas, was die Industrieländer seit Kriegsende nicht mehr entbehrt haben. Aber, waren es früher doch immer mehr oder weniger dieselben sozial und wirtschaftlich besonders schwachen Menschen, die der Krisenhaftigkeit der wirtschaftlichen Zustände allzu schnell und leicht erlagen, ist jetzt die Erwerbslosigkeit in allerhöchstem Maße Galt bei solchen Familien geworden, deren Ernährer sich bisher immer noch einer qualifizierten, herausgehobenen „besseren“ Arbeitertätigkeit erfreuen durfte. Er hat wahrhaft kein Verbrechen auf sich genommen, daß er sich auf Grund seiner früheren Verhältnisse gewöhnte, gewisse Ansprüche an das Leben zu stellen. Er hat vielleicht eine hübsche, wenn freilich auch nicht allzu billige Wohnung in einer Siedlung. Er hat Kinder, denen er vielleicht den Vorzug besserer Bildung angedenken läßt, auf daß sie es einmal besser haben sollten, als der Vater. . . . Und wenn nun auch gerade diesen Menschen heute die Arbeitslosigkeit und die damit verbundene materielle Not erfällt, dann nehmen die Zerstörungen, die physischen und die psychischen einen viel größeren Umfang und ein bei weitem aufreizenderes Gesicht an. Mit dem Sturz des Lumpenproletariats hat sich vielleicht der Mensch des 19. und erst recht des 20. Jahrhunderts abgeben, auch wenn in solcher Gewöhnung sicherlich eine laute Anklage gegen den Kapitalismus und die herrschende Gesellschaftsform liegt. Bei dem Hunger, der jetzt auch in den Reihen der qualifizierten Arbeiterschaft umgeht — jener Arbeiterschaft, auf deren Schaffen aller Kulturfortschritt erst beruht, — bei ihm wird es allerdings in der Tat höchste Zeit, daß sich jeder einzelne aufrafft, um mit seiner letzten Kraft solcher Not zu steuern. Denn da greift das Wirtschaftselend der Kultur selbst an die Kehle, da bereitet sich in der Tat langsam der berühmte „Untergang des Abendlandes“ vor.

Unter diesem Gesichtspunkt kommt der Winterhilfe, welche die Arbeiterwohlfahrt gerade in diesem Notwinter überall im deutschen Vaterlande großzügig organisiert hat, eine gar nicht so geringe, ja veranlassende Bedeutung zu. Gerade von der Arbeiterwohlfahrt werden die wirtschaftlich und sozial wichtigsten Schichten der Bevölkerung, soweit sie heute notleidend sind, in der Betreuungsarbeit am härtesten erfaßt. Dadurch unterstützt sie sich auch von den allermeisten karitativen Bestrebungen, die aus ihrer Tradition und ihrer Tendenz sich einer Wohltätigkeit zuwenden, die ihr Hauptfeld in anderen, für die Zukunft nationaler

und internationaler Aufbauarbeit weniger ausschlaggebenden Volksteilen suchen.

Darum ergeht der Appell an alle, gerade in diesem Winter die Hilfsarbeit der Arbeiterwohlfahrt nicht im Stich zu lassen. „Die Not ist groß! Helft sie lindern!“ Das muß ein Ruf werden, der nicht nur alle hören, sondern auch alle befolgen. Die Not ist kollektiv, sie kann auch nur durch die kollektive Arbeit überwunden werden.

Wie alljährlich,

so veranstaltet auch in diesem Jahre die Arbeiterwohlfahrt ihre Weihnachtsofferte. Ihr Reinertrag kommt den vielfachen sozialen Einrichtungen dieser großen Selbsthilfeorganisation der deutschen Arbeiterschaft ausschließlich zugute. Wer durch Abnahme eines oder mehrerer Lose (zum äußerst niedrigen Einzelpreis von 50 Pfennig) zum guten Gelingen dieses Wertes beiträgt, hat damit wenigstens einen bescheidenen Teil seiner Verpflichtungen gegenüber der Allgemeinheit erfüllt.

Wenn die Grippe wiederkommt!

Vom Landesauschuss für Hygienische Volksbelehrung in Preußen wird dem Amtlichen Preussischen Pressebüro geschrieben:

Krankheit und Jahreszeit stehen vielfach in einem gewissen Abhängigkeitsverhältnis, d. h. bestimmte Krankheiten pflegen zu bestimmten Jahreszeiten in gewissem Maße aufzutreten. Das gilt besonders von der Grippe. Zwar sind wir im vergangenen Jahre von ihr ziemlich verschont geblieben, ob es aber in diesem Jahre ebenso wird, das steht noch dahin. Wie dem auch sei, wenn die Grippe wiederkommt, dann soll sie uns wenigstens gerüstet finden. Durch zweckmäßiges Verhalten nämlich vermögen wir der Grippe viel von ihrem Schrecken zu nehmen und ihrer Weiterverbreitung wirksam entgegenzutreten.

Meist beginnt die Grippe als ein scheinbar harmloser, wenn auch gewöhnlich mit Fieber und Trost verbundener Erkältungskatarrh. Sobald wir in der jetzigen Zeit diese Krankheitserscheinungen bemerken, sollten wir daher nicht verfahren, durch allerlei Mittel und Mittelchen selbst an uns herumzuzurieren, sondern zunächst ins Bett gehen und den Arzt, mindestens beim Auftreten von Fieber, sofort zu Rate ziehen. Gerade die leichteren Fälle, die unerkannt bleiben oder verheimlicht werden, sind geeignet, der Weiterverbreitung der Krankheit Vorschub zu leisten. Selbstverständlich ist nicht jede fieberhafte Erkrankung gleich eine Grippe, ob sie es ist, das vermag im allgemeinen nur der Arzt zu entscheiden.

Der Einzelne kann sich und seine Umgebung wirksam vor einer Erkrankung an Grippe schützen, vor allem durch die Beachtung der wichtigsten Grundregeln vorwegender Gesundheitspflege. Zu diesen gehört: Vermeidung allzu naher Verbührung mit dem Kranken und Abtandhalten von ihm mindestens um Armlänge. Man Sorge ferner dafür, daß der Kranke beim Husten und Niesen kein Gesicht abenbei oder sich ein Taschentuch vor den Mund hält. Alle vom Kranken benutzten Geschirre und Trinksachen sind gesondert zu halten und nach erfolgter Benutzung sorgfältig zu reinigen, wenn möglich zu desinfizieren. Unnötige Besuche halte man von jedem Erkrankten möglichst fern. Ein Vorbeugungsmittel mit zuverlässiger Wirkung gibt es trotz aller derartigen Anpreisungen nicht, wohl aber wird der Einzelne seine persönliche Empfindlichkeit gegen die Krankheit, abgesehen von der Innehaltung obiger Vorsichtsmaßnahmen, dadurch stärken können, daß er für ausreichenden Schlaf, körperliche Bewegung im Freien in angemessener Kleidung und für eine den wirtschaftlichen Verhältnissen angepaßte zweckmäßige Ernährung Sorge trägt; denn geschwächte und übermüdete Menschen fallen leichter der Grippe anheim, besonders leicht zum Opfer.

Wer diese Ratschläge in geeigneter Weise in die Tat umzusetzen weiß, braucht keine Grippeangst zu haben, sondern dürfte, soweit als möglich, gerüstet sein, wenn die Grippe wiederkommt.

Wohlfahrts

	14. 12.	13. 12.		14. 12.	13. 12.
Kassier	0.82	0.82	Kassen (Unter-Beleg)	1.60	1.54
Rechnung (Stab)	0.78	0.78	Dankenschein	0.77	0.95
Rechnung (Unt-Beleg)	1.54	1.54	Durchführung	51	59
Stieg (Kassier)	1.84	1.84	Unterstützung	13. 12.	0.68
Treiben	0.88	0.88	Wohlfahrts	+	

Nach einem arbeitsreichen Leben - verschied infolge Schlaganfall am 10. Dezember unsere liebe Mutter, Großmutter, Schwester und Tante
Frau Wanda Scharte geb. Puls
 im Alter von fast 68 Jahren.
 Breslau, den 13. Dezember 1932.
 Hildebrandstraße 7
 In tiefstem Schmerz:
Die trauernden Kinder u. Enkelkinder
 Einäscherung: Freitag, den 16. Dezember, 15 Uhr, im Krematorium Gräbschen. 6880

Deutscher Metallarbeiter-Verband
 Verwaltungsstelle Breslau
 Am Sonntag, dem 11. Dezember, 7^{1/2} Uhr, verstarb unser Freund und Verbandskollege, der Schlosser
Otto Tschirschmann
 im Alter von 42 Jahren.
 Ein ehrendes Andenken bewahren ihm
Die Mitglieder der Verwaltungsstelle Breslau
 Beerdigung: Mittwoch, den 14. Dezember, nachmittags 3 Uhr, von der Gierthöchen Kapelle nach dem Kommunalfriedhof in Gräbschen. 8789

**Brauchst Du Geld,
 Sel ohne Sorgen,
 Leihhaus Wachtel**
 Wird Dir borgen
 Geld auf Pfänder aller Art
 Schmiedebrücke 64/65. 1. Etage - Tel. 242 19

Gelegenheit!
 800 / Silber, Zigaretten- 750
 Etui
Rosenthal
 Neue Schweidnitzer Straße 5

STADTHEATER
 Mittwoch, 20 bis gegen 22.30
 Abm.-Vorst. F 7
Mitter 28u
 Donnerstag, 20 bis nach 22.30
Geöffnete Vorstellung
 für die Deutsche Bühne
 Freitag, 19.30 bis 22.45
Der Zeuseisreiter
LOBETHEATER
 Täglich 20.15 - 22.30 Uhr:
Heimkehr
 des Olympiasiegere

**GERHART-HAUPTMANN-
 THEATER**
 Täglich 20.15 - 22 Uhr:
Bargeld lacht

Kinderwagen
 extra billig!

 mod. tiefe Form, mit 6 Riemern
 u. Gummiräd. 28., 29., 30., 31. 1950
Suchanke 35
 Ohlauer Straße 35

Staubläufer
 aus Reifen Motor 95, 75, 62,
 58, 35, 20 Lit.
Friedländer, Sonnenstr. 30

Taschentücher

sind praktische Geschenke
 über die sich jeder freut!

Extra-Anlagen im Erzeugnis

- | | |
|---|--|
| Kinderfaschentücher
mit bunter Kante, Indanthren 6 Stück | Damentaschentücher
weiß mit bunter Kante, Indanthren 18 Stück |
| Kinderfaschentücher
mit bunter Muschelkante 8 Stück | Damentaschentücher
weiß, karliert, mit Hohlraum, rein Mako 22 Stück |
| Kinderfaschentücher
mit bunten Hohlraum und Hohlraum 10 Stück | Damentaschentücher
weiß, m. handgezeugtem Hohlraum rein Mako 28 Stück |
| Damentaschentücher
weiß, mit Hohlraum, rein Mako 15 Stück | Damentaschentücher
mit apart, bunten Kanten, Indanthren rein Mako 35 Stück |

- | | |
|--|--|
| Damentaschentücher (Bild 1)
mit moderner Edstückerel 54 Stück im Karton | Damentaschentücher (Bild 2)
mit eleganter Edstückerel 88 Stück im Karton |
| Damentaschentücher (Bild 3)
mit aparter, bunter Edstückerel 95 Stück im Karton | Damentaschentücher (Bild 4)
mit gestühten Ecken und 1 Flasche Eau de Cologne 110 Stück im Karton |
| Damen-Buchstabenücher (Bild 5)
weiß, mit Hohlraum 125 Stück im Karton | |

- | | |
|---|---|
| Herrentaschentücher 12
weiß, m. bl. Kante, Indanthren, Stück | Herrentaschentücher 32
weiß, m. bl. Kante, rein Mako, Stück |
| Herrentaschentücher 15
mit bunter Kante, Indanthren, 3. Stück | Herrentaschentücher 38
weiß, mit aparter Kante, gewaschen, rein Mako, Stück |
| Herrentaschentücher 22
weiß, mit Atlasante, Stück | Herren-Buchstaben-
ücher weiß, mit bunter Kante
6 Stück im Karton 185 |

Denken Sie daran:
**Christbaumschmuck
 Spielwaren noch nie so billig!**

BARASCH

Eine wichtige Etappe aus dem großen Freiheitskampfe der Menschheit - ein Buch von wilden Abenteuern und Kämpfen im Urwald:

Arturo Usiar-Pietri

Die Roten Lanzen

Roman aus der lateinamerikanischen Befreiungszeit. Übersetzt von G. H. Neuendorff illustriert. 192 Seiten und 16 Seiten Kunstdruck

Ein glorvolles Buch, das von dem lateinamerikanischen Unabhängigkeitskriege und dem Befreier S. Bolivar mehr zeigt als zwanzig Geschichtswerke...

Es erschien eben im Verlag **Der Bücherkreis** GmbH, Berlin, und kostet in Leinen gebunden 4,30 RM (für Mitglieder: Sonderpreis)

Buchhandlung **Volkswacht**, Breslau, Flurstraße 4.

Möbelkäufer
 nützende
Spottpreise
 für kompl. Zimmer, Küchen, Einzelmöbel, und Kleinzubehör in
Räumungs-Verkauf
S. Brandt & Co.
 Gartenstraße 65, 1. Etg.
 Sonntag nachmittag geöffnet

Besucht den historischen
Kindelmarkt
 auf dem **Neumarkt**
 Unterstützt durch Einkauf die
Klein-Gewerbetreibenden!
 Überzeugt Euch von der Leistungsfähigkeit!

Soll der

Weihnachts-Kuchen



locker sein und fein

Kauf Mehl und Hefe

und Zutaten

bei Deinem Bäcker ein!



Aus meinem
Möbel-Speicher
 preiswerte
Weihnachts-Angebote
 Sofa 98.-
 2 Bettstellen mit Matratzen 25.-
 Auszugsbett 28.-
 Rekrutentisch 3.-
 Chaiselongue 18.-
 Püschelsofa 18.-
 Hutschrank 13.-
 an
 Teilzahlung gestattet!
 Sonntag geöffnet!
 Brüderstraße 23, Hof
 Giesel

Wohnungstausch
 Suche meine Wohnung
 Zehnerstr. beides, aus Küche,
 Küche, Entree, Balkon, im
 1. Stock, moderne, Sonnen-
 zeit, Gas vorhanden.
 suche
 2-Zimmer-Wohnung, Gegen-
 gleich, Ofen, mit 21 125 an
 Di. Volkswacht, Flurstr. 4, erb.

Kleine Anzeigen

sind immer geizig ein-
 gelegte Anzeigen von Verkäuf-
 lern, die nur ein paar
 Privaten. Wer 3 Monate
 - ist 4 Pfennige.

Die Bäckermeister der Breslauer Genossenschaft
 liefern:

Feinstes Kaiserauszugsmehl

„Eulengold“, „Obermois“ und „Polsnitz“

5 Pfund
 Taschentuch-
 Beutel

1.10 RM.

Proletarier!

Kennt ihr Hindernisse der
 Sprachschranke? Lest die
Wochenblätter Esperanto,
 die von Arbeitern aller Nationen
 gesprochen und verstanden wird

Berühmtesten unsere Intervenenten!

Breslauer Nachrichten

Ethnographische Sammlung

steht künftig jeden Sonntag der Öffentlichkeit zur Besichtigung offen

Die Breslauer Universität verfügt über eine ansehnliche ethnographische Sammlung, die nach Überwindung der Raumschwierigkeiten nunmehr im Seminarsaal, Marktstraße 7, gut untergebracht ist und vom 18. Dezember an jeden Sonntag von 11-13 Uhr der Öffentlichkeit zur unentgeltlichen Besichtigung offensteht wird.

Gerade in dieser Zeit, in der man wieder einmal recht viel von den Segnungen der Autarkie spricht, ist es vielleicht ganz besonders wertvoll, wenn die Breslauer Universität ihre ethnographische Sammlung der Öffentlichkeit zugänglich macht und ihr auf diesem Wege zur Kenntnis bringt, daß die Kunde fremder Völker eine wertvolle Wissenschaft ist und bleibt.

Die Sammlung, die vom Leiter des Instituts, Privatdozent Dr. von Lichardt, unter Mithilfe mehrerer Studenten in ihrem jetzigen Heim eingerichtet und aufgebaut worden ist, umfaßt drei Räume. Den Grundstock bildet die Südsesamlung Menckens, die im Jahre 1902 der Universität leihweise von der Stadt Breslau überlassen wurde. Im Laufe der Jahre ist die Sammlung durch viele Geschenke aus Privatbesitz erweitert worden. Die überaus reichhaltige Ausstellung enthält im ersten Raum volkstümliches Material über baltische Völker und die Wäppler. Im Afrika-Raum begegnen wir bizarren und schwingender Regentanz, die in grotesken fetterigen Götzenbildern ebenso zum Ausdruck kommt, wie in bunten Flechtarbeiten, Waffen, sonstigen Hausgerätschaften und Schmuckstücken. Schließlich ist noch der Asien-Raum, in dem man seltenen Musikinstrumenten, Flechtwerken und Buddhafiguren begegnet. Ein besonderer Südsesamlung Australiens bringt Schilfereien und sonstige Gebrauchsgegenstände kunstfertiger Kannibalen. Auch die südamerikanischen Bergvölker sind durch verschiedene Gegenstände vertreten. Daß die Sammlung im Besonderen eine Mumie und eines gedörrten Maoritkopfes ist, sei nebenher noch erwähnt.

Wer sich für Völkerkunde interessiert, wird bei einem kostenlosen Besuch dieser ethnographischen Sammlung manches Neue und Wissenswertes erfahren.

Praktische Einheitsfront

SPD-Anhänger von Kommunisten niedergestochen

Dienstag in den frühen Morgenstunden kamen drei Männer von Uhanitz in der Richtung nach Breslau. Sie befanden sich auf dem Hochhausweg, nachdem sie vorher zusammen in einem Lokal gelassen hatten. Sie kamen schließlich in eine politische Debatte, in deren Verlauf einer der Männer plötzlich ein Messer schlug und es dem 33jährigen Schneider Karl St. aus der Messerrolle in die Brust stieß. Dem Schwerverletzten, der sich als Gewerkschaftsführer der Sozialdemokratie bekannt hatte, wurde auf hinterhältige Art von seinen beiden kommunistischen Begleitern die „Einheitsfront“ bewiesen, von der sie Tag um Tag reden. Er wurde bis zur Endstation der Straßenbahn geschafft, von dort wurde er ein Stück mitgenommen bis zum nächsten Fernsprecher, wo man einen Krankenwagen herbeirief, der ihn in das Arbeiterkrankenhaus schaffte. Die beiden Einheitsfrontler, ein Metallarbeiter Josef B. und ein Vater Alfred B. wurden zunächst der Polizei angeklagt. Sie bestreiten natürlich, obwohl das zu dem St. benutzte Messer beschlagnahmt werden konnte. Die Verletzung ist äußerst schwer, jedoch glücklicherweise nicht lebensgefährlich.

Verschiedenartige Beute

Es ist erstaunlich, was so alles gestohlen wird. In der Siebenhufener Straße sind in der Nacht zum Dienstag Einbrecher in einen Lagerraum eingedrungen und haben 30 Saft-Balnküsse zu je einem Zentner, 8 Kisten (4 Zentner) amerikanische Äpfel, 2 Kisten Zitronen und 9 Faß Weintrauben gestohlen. Sie haben zum Abtransport ihrer nicht geringen Beute ein Fuhrwerk benutzt.

Vor einem Geschäft in der Matthiasstraße wurden im Laufe des Montags drei zur Ansicht hingestellte Rodelschlitten gestohlen.

In den Abendstunden des Dienstag verschwand aus dem Hofe des Grundstücks Neue Taschenstraße 1, ein BMW-Motorrad mit dem Kennzeichen FK 25 929.

Aus einem Schaufenster in der Gräbshener Straße hielten nächtliche Kunden, nachdem sie die Fenster Scheibe eingeschlagen hatten, 7 dunkle Damenkleider und 3 Pullover im Gesamtwerte von 125 Mark.

Bei einem gleichen Einbruch in ein Uhrengeschäft in der Sandstraße fielen den Einbrechern 11 Nadeluhren, sowie sechs vernickelte Damenarmbanduhren in die Hände.

Auch die Taschendiebe arbeiten im Stadtinnern mit aller Kraft. Eine Frau kam auf diese Weise in der Ohlauer Straße um ihr Portemonnaie mit 53 Mark, eine andere wurde an einer Straßenbahnhaltestelle am Ring ihre Geldbörse mit 48 Mark los- und in einem Kaufhaus knipften unbemerkt Langfinger einer Besucherin die goldene Armbanduhr ab.

Karline hat ein Kind gekriegt!

und will es nicht ernähren

Sonntag vormittag hat die große Ameisenbärin „Karline“ in unserem Zoo ein Baby bekommen. Geburten von Ameisenbären in Gefangenschaft gehören zu den allergrößten Seltenheiten! Ein züchtendes Paar, das sich in Stuttgart in Privatbesitz befand, hat Ende des vorigen Jahrhunderts

Wieso, Herr Oberstaatsanwalt, fällt dies alles unter die Amnestie?

Schweigen kann mitunter das Zeichen vornehmer Zurückhaltung, es kann aber auch ein berechtes Zeichen dafür sein, daß man keine plausible Antwort weiß. Der Oberstaatsanwalt zu Breslau als Chef der Anklagebehörde beim Sondergericht hüllt sich bis auf den heutigen Tag auf mehrfache, nämlich gestellte öffentliche Anfragen in der „Volkswacht“ über die Verfolgung nationalsozialistischer Gewalttaten in unburdhringliches Schweigen, hüllte sich solange in Schweigen, bis nunmehr die Amnestie ihn der Beantwortung zu entheben scheint. Zahlreiche sozialdemokratische und kommunistische Arbeiter haben sich vor dem Sondergericht zu verantworten gehabt oder wurden wegen geringfügiger Vorkommnisse von den anderen Instanzen zu den oftmals barbarisch wirkenden Mindeststrafen verurteilt, trotzdem die Epoche gewalttätiger Auseinandersetzungen zwischen politischen Gegnern untrennbar mit dem Aufstieg der Sakentkruzsbewegung verbunden ist, trotzdem die planmäßige Organisation des politischen Terrors in Schlesien durch die SA — außerhalb Breslaus — fast jeden Tag durch neue Verhaftungen bekräftigt wird.

Wie kommt es nun, Herr Oberstaatsanwalt, daß jetzt bei der Schlußbilanz angeht die Amnestie so zahlreiche Gewalttaten unermittelt bleiben? Wir haben unsere Anfragen mehrfach detailliert und öffentlich gestellt, wir haben keine Antwort bekommen, obwohl gerade die Behörde der Justizverwaltung auf derlei Feststellungen meist zu erwidern, den Sachverhalt irgendwie zu begründen pflegt; worauf insbesondere in diesen Fällen die Öffentlichkeit wohl ein durchaus begründetes Interesse hatte und hat. Warum also, Herr Oberstaatsanwalt — wir fragen nochmals — wurde bei den nachstehenden Gewalttaten politischer Art nicht bis zum Amnestiebeschluss keine Anklage erhoben?

Am 9. März 1932 wurde im Hause Uferstraße 32 der sozialdemokratische Arbeiter Hermann Günther von Nazi-Flugblattverteilern niedergeschossen, durch drei Schüsse schwer verletzt. Unter dem Verdacht der Täterschaft wurden verhaftet der Sturmführer Müller aus der Michaelstraße und sechs andere Nazis; außerdem suchte die Polizei in diesem Zusammenhang den plötzlich verschwundenen Nazimann Richter. Dann schloß die Sache ein; die Bluttat blieb ungeklärt. Der 22. April 1932 brachte den Heberfall einer Nazihorde auf die Wratzlawiastraße, wobei die Wohnungen von Arbeitern demoliert wurden und drei Arbeiter erhebliche Verletzungen erlitten. Die am gleichen Tage stattgefundenen Straßenkämpfe in Hartlieb ist längst abgeurteilt, allerdings ging es hier gegen Kommunisten.

Als der Bundesführer des Reichsbanners am 17. April 1932 in Breslau weilte, wurden acht Reichsbannerkameraden am Königsplatz von einer zweifachen Naziübermacht am hellen Tage überfallen und schwer verletzt. Die Polizei nahm zwei Beteiligte fest, von denen einer angab, der NSDAP. anzugehören. Am 1. Juni begannen die Nazis ihre Krawalle vor dem Büro des Reichsbanners in der Ohlauer Straße. In diesem Tage wurde vor dem Hause des Reichsbanners am Christenhorstplatz ein Reichsbannerkamerad niedergeschlagen. Ein Anführer dieser Landfriedensbrecherhorde wurde erkannt. Er wohnt Polener Straße 9. Am folgenden Tage gingen diese Landfriedensbrüche weiter. Die Polizei verhaftete sechs Beteiligte, die eine Sozialdemokratin niedergeschlagen und mit Sähen in den Leib getreten haben.

Am 22. Juni wurde in der Uferstraße der Sohn des am 9. März verletzten Arbeiters Günther niedergeschossen; er erlag nach langem Krankenlager und lurchbaren Qualen dem tödlichen Schuß. Die Polizei hatte damals den SA-Mann Brudny in Verdacht, dem am Wahltag eine Parabellumwristole mit mehr als 100 Schuß Munition abgenommen wurde, wofür er vom Berechtigtengericht vier Monate Gefängnis erhielt. In der Polener Straße wurden am gleichen Tage die kommunistischen Arbeiter Siedel und Nowak durch Schüsse schwer verletzt.

Ein Nazi namens Koppner wurde als Schütze verdächtigt; er soll verschwunden sein.

Am 28. Juni wurde in der Neudorfstraße ein Reichsbannerkamerad derart bestialisch zusammengehackt, daß er wahrscheinlich sein Leben lang an den Folgen der durchgehenden Stiche zu tragen haben wird. Am 7. Juli kam es in der Gegend des Zoo zu einer Auseinandersetzung, bei der eine Nazihorde Waffen zog, die beim Eintreffen des Heberfallkommandos in die Oberaewarzen, aber dann von Kommunisten wieder herausgeholt und der Polizei photographiert zur Verfügung gestellt wurden. Die vier Nazi-Waffenverkäufer wurden vom Heberfallkommando verhaftet. Wann werden sie abgeurteilt? Wenige Tage später, am 11. Juli 1932, machte die SA eine Lastwagenpropagandafahrt. Ohne jede Veranlassung wurde am Zoo der Genosse Herbert Seibold mit einem Messer „bearbeitet.“ Der 14. Juli sah ein großes Nazi-Heberfallkommando vor dem Haupte Loebstraße 63. Dort wollte SA die Marziken ansräuchern. Hinzukommende Polizei fand in dem „Heberfallauto“ allerlei nette Dinge, die allerdings im Polizeibericht tonalermweise nicht im einzelnen ausgeführt wurden.

Zwei Reichsbannerkameraden wurden am 19. Juli ebenfalls von einer zehnjährigen Naziübermacht am Berliner Platz überfallen und mißhandelt; die Nazis verdüpteten auf einem Auto, dessen Kennzeichen bekannt sind. Im Schickwerder veranstaltete die Polizei am 25. Juli bei einem geheimen SA-Anstell eine Waffensuche und fand da mancherlei, wobei überdies Beamte fälschlich angegriffen wurden; alles das erscheint der Anklagebehörde beim Sondergericht entgangen zu sein. Tags zuvor, also am 24. Juli, räumte eine Nazihorde in der Seidlichstraße, Nahtsch zwei Arbeiter, die nicht „Heil Hitler“ rufen wollten, nieder, wobei sich ein gewisser Tiegel, Loebstraße 43, beteiligte. Am 27. Juli 1932 kamen die Gebrüder Greiner, Bergstraße 31, Scholz, Bergstraße 13 und Stein, Bergstraße 41, abends auf die Bergstraße. Aus ihrer Mitte wurde auf eine Gruppe Arbeiter geschossen, die auf der gegenüberliegenden Straßenseite stand, der Arbeiter Gorlich durch einen Lungenstich schwer verletzt und der Arbeiter Weidner durch einen Schuß ins Bein getroffen.

Am 11. Juli, dem verhängnisvollen Reichstagswahltag wurde schließlich, wie schon berichtet, aus dem Kasinokal Kothe in der Klosterstraße geschossen und der SPD-Arbeiter Pusch aus der Margarethenstraße so schwer verletzt, daß er wenige Tage später starb. Zwei weitere Arbeiter wurden durch Schüsse ebenfalls verletzt, jerner auf der Rosenhaler Straße der Genosse L. von zwölf Nazis angefallen und durch Messerstiche verletzt. Ebenfalls am Wahltag wurde in Orlaschin der Antifaschist Precher aus Gröbischen niedergestochen. Täter und Tatsachen wurden in einer Anzeige wenige Tage später der Staatsanwaltschaft mitgeteilt; der Anzeiger hat bis heutigen Tag noch keinen Bescheid.

In der Sache Pusch wurde, wie wir ebenfalls schon meldeten, nicht etwa gegen die 22 von der Polizei gestellten Schießhelden, die ihre Waffen schnell über einen Zaun geworfen hatten, sondern vorzugsweise gegen Antisemitische Arbeiter vorgegangen. Zwei Nazis sollten sich lediglich wegen — Waffennitbrauches verantworten. Nach trafer ist der Fall Precher-Orlaschin, wo von sozialdemokratischer Seite unter genauer Zuzugabe Anzeige erstattet wurde, dem Anzeigenden aber bis zum heutigen Tage keinerlei Bescheid zukam, ob ein Verfahren eingeleitet oder ob es eingestellt wurde. Ist diese Schweigekammer etwa eine Sonderheit des Sondergerichtsverfahrens, oder wie ist sie sonst zu erklären.

Die Amnestie ist beschlossen, sie gilt für Freund und Gegner gleichermaßen. Das aber entbindet die Anklagebehörde beim Sondergericht nicht, Aufklärung darüber zu schaffen, wieso gegen Antisemitische Beschuldigte, auch in kompliziert liegenden Fällen, so schnell, so prompt, so unachtsamlich vorgegangen wurde, während in diesen von uns einzeln aufgeführten Fällen hingegen nichts von einer Strafverfolgung der mehrfach überaus blutigen Gewalttaten zu hören war.

Die Arbeiterschaft Breslaus erwartet Ihre Antwort, Herr Oberstaatsanwalt!

hintereinander sieben Junge bekommen, von denen nur eins aufgejogen werden konnte. In einem Zoologischen Garten ist uneres Wissens überhaupt noch nie ein Ameisenbär geboren worden. Während Vater „Karlo“ das Kleine angriff und offenbar zu fressen veruchte, nahm sich „Karline“ ihrer Tochter mütterlich an, hat aber leider trotz ihres guten eigenen Ernährungszustandes keinen Tropfen Milch, so daß die Aufzucht mit der Flasche verucht werden muß. Das erscheint in Anbetracht der winzigen Mundspalte der Ameisenbären besonders schwierig und bietet daher leider wenig Aussichten auf Erfolg. Aber es ist jedenfalls zu hoffen, daß Karline noch mehr Kinder bekommen wird. Normalerweise klee das Junge auf dem Rücken der Mutter und wird von dieser herumgetragen.

Gibt es Interessenten für dänische Lotterie?

In einer ausländischen Lotterie zu spielen ist verboten. Nach einer Mitteilung des Polizeipräsidiums sollen neuerdings viele Breslauer aus Kopenhagen Angebote zur Teilnahme an der Dänischen Kolonial-Lotterie erhalten. Da anzunehmen ist, daß sich schließlich der eine oder andere Glückstücker

bereit findet, einmal in einer Lotterie im Auslande kein Glück zu suchen, erinnert die Polizei daran, daß eine Teilnahme an dieser Lotterie durch das Gesetz vom 29. August 1904 in Preußen verboten und unter Strafe gestellt ist. Ein solcher Glückstücker ist also offenbar eine mehr als zweifelhafte Sache.

Keine Stadtverordnetenversammlung mehr in diesem Jahre

Mit Rücksicht auf die Beschlüsse im Sozialpolitischen Ausschuss des Reichstages über die Winterhilfe, die im weitestgehenden Maße die Maßnahmen der Stadt Breslau in dieser Frage betreffen, konnte der Haushaltsausschuss der Stadtverordnetenversammlung hierzu keine positiven Beschlüsse fassen, da eben die Gemeinden die Reichshilfe durchzuführen haben. Aus diesem Grunde erübrigt sich auch die Einberufung einer Stadtverordnetenversammlung noch vor Weihnachten, da andere dringliche Vorlagen kaum vorhanden sind. Es dürfte also mit einer Sitzung in diesem Jahre nicht mehr zu rechnen sein. Eine Fraktionslösung der Sozialdemokratischen Partei findet darum vorläufig ebenfalls nicht statt.

Advertisement for Bulgaria Sport cigarettes. Features an image of a pack of cigarettes and the text: 'Bahnbrechend sein, ist seltenes Ereignis. Dazu gehört ein ganz großer Wurf. Zweifach gelang er jetzt der Bulgaria. Sie schuf das Musterbeispiel der 3 1/2-Pfg.-Zigaretten: Bulgaria Sport und den Schlager aller Filmbilder: die herrlichen Bulgaria-Gold-Filmbilder. BULGARIA SPORT, die 3 1/2 der Bulgaria 6 Zigaretten 20 Pfg. mit Gold-Filmbildern in natürlicher Farbwidergabe'.

Bedeutung und Methodik der psychologischen Eignungsprüfung

Im Rahmen der Arbeitsgemeinschaft der sozialistischen Fürsorger und Fürsorgerinnen sprach dieser Tage im Gewerkschaftshaus der Leiter des hiesigen Berufsamtes, Genosse Dr. Geisler, über das oben genannte Thema.

Dr. Geisler erklärte einleitend ausführlich die wirtschaftlichen Zusammenhänge der heutigen Zeit und die damit immer wichtiger werdende Berufsfrage der jungen Anwärter. Es soll von vornherein eine falsche Berufszuführung, die eine Vergeudung von Kräften an Zeit, Geld, Körper und Geist mit sich bringt, vermieden werden. Der Vortragende schilderte eingehend die begriffliche Trennung von „Prüfung“ und „Untersuchung“. Es handelt sich bei diesen Untersuchungen nicht um die Feststellung von erlernten Kenntnissen und schulischem Wissen, sondern nur allgemein um eine Feststellung der im Menschen liegenden Fähigkeiten und Anlagen, auf Grund derer der junge Berufsanwärter in den für ihn geeigneten Beruf gewiesen werden kann. Dazu will ihm das Arbeitsamt, Abteilung Berufsberatung, verhelfen. Aus der Wichtigkeit der Nachwuchsfrage in den einzelnen Berufen ergibt sich die große Bedeutung der psychologischen Eignungsuntersuchungen als unumgängliches Hilfsmittel bei der Berufswahl; denn die Fähigkeiten und Anlagen, die durch Schule und Elternhaus bisher nicht erkannt wurden, offenbaren sich deutlich bei diesen psychologischen Untersuchungen und ergeben ein klares Bild, welches Berufen der Jugendlichen nicht zugeführt werden darf. Die Methodik dieser Untersuchungen ist in den letzten Jahren mehr und mehr ausgebaut worden, so daß das Untersuchungsergebnis ein zuverlässiges Urteil über die Gesamtleistungsfähigkeit des jungen Anwärters, vor allem auch im Hinblick auf seine Charakterveranlagung, gestattet.

Dr. Geisler kommt dabei auf die Stellungnahme der Gewerkschaften zu diesen psychologischen Eignungsuntersuchungen zu sprechen und stellt die Tatsache fest, daß die wohl hier und da noch vorhandene ablehnende Einstellung gegen diese Untersuchungen nur auf die begriffliche Vermischung von „Prüfung“ und „Untersuchung“ zurückzuführen ist. Der von Seiten der Eltern häufig gebrachte Einwand, daß der Erfolg der Eignungsuntersuchung mehr oder weniger von Zufälligkeiten, Aufregungen, Angestrengtheit, neuen Eindrücken beeinträchtigt wird, ist nicht richtig, es müßte sich höchstens um tieferliegende gesundheitliche oder leibliche Störungen handeln, die immerhin nicht für den Durchschnitt der Schülerebenen zutreffen. Die Durchführung einer musterartigen Eignungsuntersuchung hängt vor allem von der Persönlichkeit des Untersuchenden ab, von seiner psychologischen Einstellung zu den Jugendlichen und der mehr oder weniger zu leistenden Hilfeleistung bei der Lösung der ersten Aufgaben. In Hand von interessanten Sichtbildern wurden die einzelnen Untersuchungsaufgaben veranschaulicht, aus denen die grundlegenden geistigen und manuellen Anlagen und Fertigkeiten deutlich hervorgingen. Aus den Bildern war klar zu ersehen, wie verschieden qualitativ die einzelnen Aufgaben gelöst werden.

Feuerwehr-Arbeit im vorigen Monat.

Im November dieses Jahres ist die Feuerwehr 44mal ausgerückt, und zwar zu drei Mittelfeuern, fünfzehn Kleinfeuern, siebenmal zu blühendem Alarm, viermal zu böswilligem Alarm und je fünfzehn anderweitigen Hilfeleistungen. Die Krankenwagen sind in der Stadt zu Unfällen 116mal, zur Kranenförderung 64mal und noch außerhalb einmal ausgerückt. In diesen 79 Fahrten sind zusammen 6114 Kilometer zurückgelegt worden. Die Unfallwagen sind 210mal in Anspruch genommen worden.

Anträge an die Kasse der Betriebswerke.

Die Städtische Betriebsdeputation schreibt uns: Bisher sind außer bei der Kasse der Städtischen Betriebswerke die Anzeigen auf Verfassung, Schließung und Ueberführung von Gas- und Wassermessern bei den Städtischen Rohrnetzbetrieben und auf Ein- und Ausschaltung sowie Ueberführung von Stromverbrauchszählern bei den Städtischen Elektrizitätswerken entgegengenommen worden. Daburd haben sich sowohl für die Städtischen Betriebswerke als auch für die Entnehmer, insbesondere zu den vierteljährlichen Umzugszeiten, gewisse Unbequemlichkeiten ergeben. Zur Vereinfachung des Geschäftsverkehrs und um eine reibungslose Erledigung der Anträge zu gewährleisten, haben wir bei der Kasse der Städtischen Betriebs-

Theater und Musik

Fünftes Abonnements-Konzert

Das fünfte Abonnements-Konzert zeichnete sich dadurch aus, daß v. Hoeslin den Mut hatte, zwei Werke der ringenden Gegenwart in sein Programm aufzunehmen. Er begann mit der Konzertmusik für Streichorchester und Blechbläser von Paul Hindemith, einem Opus aus dem Jahre 1930. Das Werk ist ein Versuch, das Blech aus dem Umkreis der militärischen Summenmusik zu befreien und dem geistigen Gehalt eines kontrapunktischen Hauptprinzips zu unterstellen, ohne dabei auf den Charakter des Konzertierens zu verzichten. Wohl ist das Konzert noch ein Stück von echter Hindemith'scher Prägung, besonders im Einleitungsstück des ersten Satzes fällt das auf, doch ist ihm auch anmerken, daß sich in seinem Schöpfer eine Wandlung vollzieht. Noch gibt der Komponist freilich seine früheren stilistischen Grundzüge nicht auf, doch deutet er bereits in bemerkenswerter Weise um. Die neue Entwicklungslinie im Schaffen des Musikers zielt auf eine bisher verlegene Klanglichkeit hin. Besonders im langsamem Teil des zweiten Satzes wurde deutlich, in welcher Richtung die Entwicklung erfolgen will. Hier übertraute, daß sich zwischen harmonischen Stützpunkten eine Streicher-melodie fängt, die wir von R. Strauß, niemals von P. Hindemith erwarten hätten. Die Durchdringung des Konzertians mit neuen stanzlichen Elementen ist es, die das Werk sichtbar prägt. Daburd hing es verhängnisvoll, vielleicht auch etwas runder und in dem Publikum vor allem einleuchtender. Die Darbietung durch unsere Bläser und Streicher war eine vollendete Leistung.

Dem Hindemith folgte ein Konzert für Violine mit Orchester von S. Wisner, das der Geigerin Alma Rosé die gewidmet ist, die es auch selbst vorzut. Das Werk erwarnt den Hörer nicht, jenseit dafür aber den Zuhörer durch die Art seiner Anlage. Es besteht nur aus einem Satz, der durch kurze Orchesterzwischenstücke in deutlich vernehmbare kleinere Abschnitte gegliedert wird. Vier verschiedene Themen tauchen auf, werden auf die kunstvollste Art zueinandergefügt und verbunden. Das eine gibt die Anregung zu lebhafter Variation, das andere, vielleicht das höchste, trägt tänzerischen Charakter, wieder ein anderes führt zu einem spannenden H-dur-Aufschwung, an den sich dann das vom ersten Thema beherrschte Finale anschließt. Die Violine spielt nicht die Rolle eines exponierten Einzelnen, sondern ist mehr in die Gemeinschaft des übrigen Musikers eingegliedert. Die Aufgabe des Solisten ist demnach bei allen technischen Anforderungen musikalisch nicht virtuos. Von diesem Gesichtswinkel aus läßt sich Alma Rosé ihre Aufgabe an und bewältigte sie bis zum Eindruck des Selbstverwirklichenden. Die Klarheit, mit welcher sie den Solopart wiedergab, war vorbildlich. Bei der schlüssigen, unwiderstehlichen und vornehmen Art der Gestaltung übertrau man gern, daß der Spielerin ein großer, leuchtender Ton nicht zur Verfügung stand. Die Klarheit, die v. Hoeslin mit dem Orchester zurückhaltend begleitete, mußte sich für ihre Leistung sehr feiern lassen.

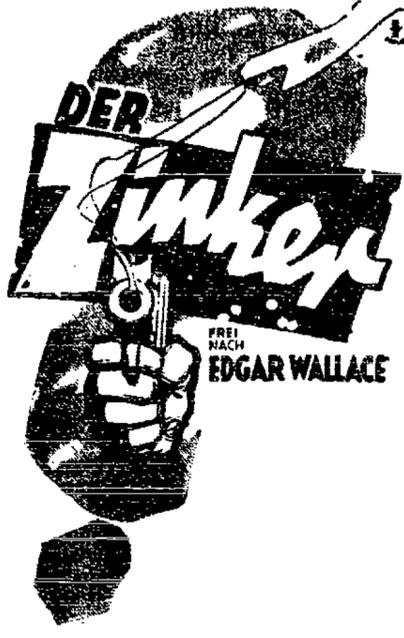
Der zweiten Teil der Konzertsaison bestritt Schumanns d-moll-Sinfonie, mit deren Wiedergabe v. Hoeslin sich und dem Orchester einen glänzenden Abschied überreichte.

werke eine Stelle eingerichtet, die künftig allein diese Anträge entgegennimmt. Die Entnehmer wollen daher künftig alle oben genannten Anträge bei der Kasse der Städtischen Betriebswerke, Hiltcherplatz 16, schriftlich und nur in dringenden Fällen mündlich oder fernmündlich (525 01, dann Stewag 3486) stellen.

Schlachthof-Tätigkeit in einem Monat

Im Monat November 1932 wurden im Schlachthofe geschlachtet und unterzucht: 126 Ochsen, 1919 Bullen, 1378 Kühe, 392 Jungkühe, 5572 Kälber, 17147 Schweine, 1604 Schafe, 28 Ziegen, 3 Hunde und 148 Pferde und Fohlen. Auf der Freizeil wurde verkauft: roh: 19866½ Kilogramm Rind-, 7708½ Kilogramm Schweine-, 550 Kilogramm Kalb- und 37 Kilogramm Schafffleisch, geflacht: 447 Kilogramm Rind-, 251 Kilogramm Schweinefleisch, Eingeweide 1868 Kilogramm. Als untauglich zur menschlichen Nahrung wurde der Tierkörperverwertungs-anlage überwiefen: 32½ Rinder, 6 Schweine, 1 Pferd und zahlreiche Organe und Organteile.

Am bakteriologischen Untersuchungsamte wurden 265 bakteriologische Fleischuntersuchungen von toteschlachteten und kranken Tieren ausgeführt. 197 Proben stammten von Tieren, die dem hiesigen Schlachthofe zugeführt waren. 68 Proben waren von außerhalb eingelangt. Bei 3 Schweinen wurde eine Rotlaufinfektion ermittelt. 2 Wurstproben wurden hinsichtlich ihrer Beschaffenheit und Zerkleinerung geprüft. 8 Milchproben wurden auf ihre Güte untersucht.



Der meistgelesene und padendste Detektivroman von Edgar Wallace als Kriminalfilm und dazu als zweites Schloß: „Es lebe die Freiheit“, einer der besten Filme die jemals gefertigt wurden, ab kommenden Freitag in den Gewerkschaftshaus-Lichtspielen.

Dummkopf von heute

Tägliche Funkvorschau für Arbeiterhörer

Das Mittwochprogramm bringt vor allem am Abend eine Reihe musikalischer Veranstaltungen. Sonst ist es für uns uninteressant.

Arbeiter-Sport

Gesellschaftsspiele im Handball für den 18. Dezember

- 14,30: Sil.-Kid I — 9. Abt. II; Stadion; Fr. Schwimmer.
- 13,15: 12. Abt. II — Fr. Mädchen; Stadion; Sil.-Kid.
- 14,30: 12. Abt. I — 9. Abt. III; Stadion; 5. Abt.
- 9,00: 6. Abt. IV — 12. Abt. III; Ostpark; 2. Abt.
- 10,10: 6. Abt. III — 7. Abt. II; Ostpark; Nr. 9.
- 9,00: 4. Abt. Jgd. — 1925 Jgd.; Schewitz; Nr. 8.
- 10,10: 4. Abt. I — Südoß I; Schewitz; Nr. 42.
- 10,00: 8. Abt. I — 1897 I; Helmützwiese; Nr. 16.
- 9,00: 1. Abt. III — Stabelwitz III; Eichenpark; 7. Abt.
- 10,10: 8. Abt. II — Hundsfeld; Helmützwiese; 2. Abt.
- 10,10: 1. Abt. II — Stabelwitz II; Eichenpark; Deutsches-Viis.
- 11,20: 1. Abt. I — Stabelwitz I; Eichenpark; Nr. 55.
- 10,00: Nordost I — Sil.-Kid II; Brüdernaue; 1925.
- 9,00: 1925 III — 1897 II; Brüdernaue; 5. Abt.
- 10,10: 1925 I. Schül. — 9. Abt. 1. Schül.; Brüdernaue; Verein.
- 10,55: 1925 2. Schül. — 9. Abt. 2. Schül.; Brüdernaue; Verein.
- 11,45: 1925 IV — 1925 II; Brüdernaue; 4. Abt.
- 14,00: 1925 I — 7. Abt. I; Brüdernaue; Nr. 9.

Gesellschaftsspiele für den 25. Dezember

- 10,00: Hundsfeld — 1925 IV; Hundsfeld; 5. Abt.
- 10,00: Stabelwitz Jgd. — 1925 Jgd.; Stabelwitz; Marschwis.
- 14,00: Südoß II — 1. Abt. I; Altdorf; Nr. 13.

Regielspielausschuss, Handball. Die Sportabteilung von JVA ist von sämtlichen Turnspielen mit Spielperrre belegt.

Touristen-Verein „Die Naturfreunde“

Sonabend, den 17. Dezember, im Gewerkschaftshaus Sonnenwendfeier der Ortsgruppe. Beginn 20 Uhr. Motto: „Sonnenwendfeier im Enzianhaus“. Besuch aller Mitglieder ist notwendig. Geschenke für die Feier (Zulassung) sollen mit genauer Adresse des zu Beschenkenden versehen, am Saaleingang abgegeben werden. Gäste willkommen.

Ein willkommenes Geschenk-



Sozialdemokratische Partei

Abteilung Südost. Mittwoch 17.50 Uhr Eröffnung des neuen Gewerkschaftshauses der Abteilung, Hiltcherplatz 17. Ede Grabländer Straße. Die erwerbstätigen Genossen der Distrikte 1, 3, 4, 5 sind herzlich eingeladen. Neben: Genosse P. B. et al.

Freiwilligenabteilung. Donnerstag 19 Uhr Gewerkschaftshaus, Zimmer 1211. Reichsbannerfest. Regitation, Musik, gemäßigtes Beisammensein. Die Frauenleiterinnen sind eingeladen.

Sozialistische Studentenenschaft. Wir beteiligen uns heute 20 Uhr an der Sonnenwendfeier der Schüler in unserem Heim. Erhebt recht lustig!

Sozialistische Arbeiterjugend. Helm 2. Mittwoch 19 Uhr Funktionärsführung.

Freiwilligenabteilung. Heute 20 Uhr Schulpfaffenkonzert im Jugendheim des Gewerkschaftshauses. Waggewerksabteilung. Wir sind um 20 Uhr im Jugendheim des Gewerkschaftshauses. Heute Lichtbilder über: „Die Geschichte der Männer der Gewerkschaften.“

Arbeitsgemeinschaft der Arbeiterkinderfreunde Breslau. Paktensparlament. Sonnabend 16 Uhr tagt das Parlament im Gewerkschaftshaus. Es müssen alle Delegierten vertreten sein.

Abteilung 4 (Kittalfort). Heute Jung- und Mädchen von 17 bis 19 Uhr im Heim. Sonnabend von 17 bis 19 Uhr Turnen (Sportstunden). Abteilung 8 (Kampel-Bischhofswalde). Montag Volkstanz. Dienstag Volkstanz I. Wir bauen eine Herbergsstraße. Mittwoch Volkstanz II. Donnerstag alle fallen an der Schule. Freitag Jungfrauen-Verein. Abteilung 11 (Hörsing). Donnerstag 19 Uhr Helferführung im Heim. Abteilung 12 (Hundsfeld-Sacrau). Mittwoch Jung- und Mädchen. Heute Veranstaltung fällt aus. Donnerstag Volkstanz von 16 bis 19 Uhr bei Hönisch, Sacrau, Schlein. Freitag von Hundsfeld 15.30 Uhr am Ring in Hundsfeld. Freitag von Sacrau 16 Uhr an Ort und Stelle.

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold

Abteilung Süd. Montag fällt das Auftreten in der Turnhalle aus. Sonnabend 20 Uhr bei Altkamerad, Kreuzstraße 44, Hiltcherlammlung aller Kameraden. Kamerad K. e. x. a. n. d. e. r. ist anwesend. Freitag 20 Uhr bei Torshalla, Galtshornstraße 21, Hiltcherlammlung aller Kameraden. Restent: Kamerad K. e. x. a. n. d. e. r. Sonntag 20 Uhr bei Mehler, Julehühner 26, Jug- und Gruppenführerführung mit Abrechnung.

Geldsammelndes

Schöne Geldsammelndes ohne Festreden sind seit altersher unentbehrlich. Schon die Vorbereitung zur Festrede, namentlich in kühnen Worten, erheben die Spannung und Erwartung, und mit dem 20. Jährigen Luft des festlichen Redens zieht die erste Weisheitsbestimmung ins Haus ein. Deshalb werden es sich auch viele Hausfrauen trotz der Bedenken nicht nehmen lassen, der Festreden selbst zu hören. Aber auch die Hausbäderer ist ziemlich tollpölig und das Gerären des Redens von vielen Voraussetzungen abhängig. Ist das Reden befähigt, die Rede überfällig, stehen die Zuhörer im richtigen Verhältnis und sind sie gut und zuverlässig? Die Hausbäderer ist also unter Berücksichtigung der Wirtschaftslage in diesem Jahr ein besonders schwieriges Problem und feige Hausfrau sollte es veräumen, sich zuvor mit ihrem Reder zu besprechen und von ihm auch das Reden, die Rede und die Zuhörer zu lauten. Als Hausfrau hält der Bäder alle diese Materialien schon für seinen eigenen Betrieb in ausprobiertes Güte heis an Lager. Wenn er dann noch die Zusammenfassung des Textes und die verarbeiteten Zuhörer kennt, ist außerdem eine gewisse Gewähr für das richtige Ausbilden des Redens gegeben. Die Hausfrauen jedoch, die beruflich tätig sein müssen oder aus anderen Gründen nicht selbst hören können, tun am besten, sich den Christkoffen, den Kopf- und Streifenbüchern rechtzeitig bei ihrem Bäder zu bestellen. Sie gehen dann kein Risiko ein und brauchen auch nicht zu befürchten, durch miltrotaten Reden die Festimmung zu gefährden.

Konzerte / Theater / Vergnügungen

Städtische Opernhaus. Heute 20 Uhr (Abonn.-Vorh. F 7) „Die Frau von W.“ Oper von A. D. Albert, mit Gerd Herz Andra in der Partie des Wandersmanns und Erna Darbow als Frau Gregor. In den weiteren Partien: Wally Mittelhadt (Kang King), Suzanne Steirn (Ah Wong), Ernst Krenschammer (Wally) und Karl Rudom (Mr. Gregor). Die musikalische Leitung des von Intendant Dr. Georg Harimann in Szene gesetzten Wertes liegt in den Händen von Carl Schmidt-Beldern. — Morgen 20 Uhr geschlossene Vorverkauf für die Deutsche Bühne. — Freitag 19.30 Uhr (Preise in allen Gruppen um je 20 Pf. erhöht). Der Teufelsreiter mit Harry Payer. — Sonnabend 20 Uhr (Abonn.-Vorh. G 7) Genaers Oper „Die Frau von W.“ — Sonntag 19.30 Uhr (es gelten die um je 20 Pf. erhöhten Abendpreise). „Der Teufelsreiter“ mit Harry Payer. Es wird darauf hingewiesen, daß dies die letzte Nachmittags-Aufführung der erfolgreichen Kallman-Operette ist.

Reichsbanner. Täglich 20.15 Uhr der Harnische Heiterkeitserfolg „Sei mein Herz de Olympiagerer“, Komödie von Einbad, in der Inszenierung von Martin Wagner und der Premierbesetzung. — Sonntag 15.30 Uhr zu kleinen Märchenpreisen „Kabinen in der Nacht“ mit Harry Payer in der Inszenierung von Hermann Schulze-Greifheim und der Premierbesetzung.

Gesetz-Schauspieltheater. Täglich 20.15 Uhr finden Aufführungen des großen Lustspielers „Die Frau von W.“ von Cammerlohe und Gernant in der Inszenierung von Harry Payer und der Premierbesetzung statt. — Sonntag 15.30 Uhr zu kleinen Märchenpreisen „Kabinen in der Nacht“ mit Harry Payer in der Inszenierung von Hermann Schulze-Greifheim und der Premierbesetzung.

Amlicher Wetterdienst des Meteorologischen Observatoriums Breslau-Krieten

(Nachdruck auch mit Quellenangabe verboten)

Im Nachhinein ist es auch in der vergangenen Nacht zu verbreiteten Fröhen gekommen. In höheren Lagen hält dagegen die ungewöhnlich milde Witterung unverändert an. Bei südlichen Winden dürfte sich die Frühwitterung auch in tieferen Lagen bemerkbar machen, so daß tagsüber für die Jahreszeit sehr hohe Werte wahrscheinlich werden.

Nachrichten für das nächste Flagland: Zeitweise auffrischender Süd, föhig-heiteres, trockenes Wetter, Nachtfröhs, tagsüber weiterer Temperaturanstieg.

Nachrichten für das nächste Mittel- und Hochgebiet: Bei südlichen Winden vorwiegend föhig-heiter, trocken, sehr milde.

Sonnenaufgang: 8,4 Uhr — Sonnenuntergang: 15,46 Uhr

Das Wetter im Gebirge

Von den nachstehenden Stationen werden der Reihe nach Angaben gemacht über: Temperatur, Wetter, Windrichtung, Schneehöhe (Neuschnee), Schneebeschaffenheit, Spatzmächtigkeit.

Bad Münderberg: — 2. heiter, S. 5, 10 Zentimeter, Pulverschnee, St. und Nebel mäßig. — Himmelsberg: 0. heiter, SW 2, 5 Zentimeter, Pulverschnee, St. und Nebel mäßig. — Oberhirschenberg: — 2. heiter, N 2, 6 Zentimeter, Pulverschnee, St. und Nebel mäßig. — Mühlberg: — 2. heiter, NW 2, 5 Zentimeter, Pulverschnee, St. und Nebel gut. — Krummhübel: 0. heiter, S. 2, 12 Zentimeter, Pulverschnee, St. mäßig, bewölkt. (Zustrohen nach Krummhübel und Himmelsberg gut passierbar). — Bräunenberg: 0. heiter, S. 2, 5 Zentimeter, Pulverschnee, St. mäßig, Nebel gut. — Humpelberg: — 4. heiter, S. 1, 30 Zentimeter, verregnet, St. mäßig, Nebel gut. — Teichmannsberg: 0. bewölkt, SW 1, 30 Zentimeter, verregnet, St. und Nebel gut. — Gersdorferberg: — 5. bewölkt, W 2, 20 Zentimeter, bewölkt, St. gut, Nebel mäßig. — Himmelsberg: — 1. bewölkt, NW 2, 30 Zentimeter, verregnet, St. und Nebel gut. — Gersdorferberg: — 4. heiter, SW 6, 7 Zentimeter, verregnet, Nebel mäßig. — Bad Münderberg: — 2. heiter, S. 5, 4 Zentimeter, verregnet. — Gersdorferberg: — 3. bewölkt, S. 1, 5 Zentimeter, Schneedecke durchbrochen. — Bad Münderberg: — 2. heiter, SW 3, 5 Zentimeter, Pulverschnee, nur Nebel mäßig. — Himmelsberg: — 4. heiter, SW 2, 15 Zentimeter, verregnet, St. mäßig, Nebel gut. — Bad Münderberg: — 6. heiter, SW 2, 2 Zentimeter, Pulverschnee. — Himmelsberg: — 5. heiter, W 1, 5 cm, Pulverschnee, St. mäßig, Nebel gut. — Bad Münderberg: — 2. heiter, S. 7 Zentimeter, verregnet, St. und Nebel nur stellenweise möglich. — Krummhübel: — 2. heiter, SW 6, 8 Zentimeter, verregnet, St. und Nebel nur stellenweise möglich.

Komödienpiel

Die Arbeitszeitfrage in den Reichs- und Staatsbetrieben

In Deutschland wurde, seitdem sich mit Hilfe der Hitlerer die Reaktion immer weiter in den Sattel setzen konnte, in der wichtigsten aller Fragen, in der Arbeitszeitfrage, eine Politik verhängen. Diese Politik wurde in der Arbeitszeitfrage durch die Maßnahmen der Reichs- und Staatsbetriebe getrieben. In der Arbeitszeitfrage ist durch die Maßnahmen der Reichs- und Staatsbetriebe ein ganzes Jahr verloren gegangen. Und in der Arbeitszeitfrage? Da verlor man die Zeit mit Komödienpiel. Hätte man die Gewerkschaften gefragt, als sie bei Beginn der Krise unter anderem Hilfsmaßnahmen zur Besserung des Arbeitsmarktes auch eine allgemeine Arbeitszeitverkürzung vorschlugen — das Arbeitslosenelement hätte niemals den geringsten Anstoß angenommen, in dem es heute vor uns steht. Auf die Gewerkschaften wurde nicht gehört. Nicht die Arbeitszeit, sondern der Lohn wurde verfürzt, und wenn von oben her es manchmal beinahe so ausah, als ob man in der Arbeitszeitfrage etwas unternehmen wollte, dann war das jedesmal nur ein Scheingebot.

Vor kurzem erst wurde uns in diesem Posenpiel um die Arbeitszeit noch einmal eine Szene vorgeführt. Da ging nämlich eine Meldung durch die Presse, die von Arbeitszeitverkürzung in den Reichs- und Staatsbetrieben sprach. Die Belegschaften wurden alarmiert; sie bekümmerten die Gewerkschaften mit Anfragen. Was war los? Der Reichsfinanzminister hatte an die nachgeordneten Dienststellen ein Schreiben gerichtet, wonach eine Erhebung über die Möglichkeit einer Arbeitszeitverkürzung zum Zweck der Entlastung des Arbeitsmarktes durchgeführt werden soll. Diese Erhebung war im Anschluß an eine Ende Oktober im Reichsfinanzministerium stattgefundene Besprechung über Tariffragen der Reichsarbeiter, bei der auch die Frage der Kürzung der Wochenarbeitszeit unter 48 Stunden zur Erörterung stand, beschlossen worden. Zur Durchführung der Belegschaften teilte der Reichsfinanzminister den Angestelltenorganisationen mit, er beabsichtige nicht, dem Reichskabinett eine Streckung der Arbeitszeit der Angestellten zum Zweck der Neueinstellung vorzuschlagen. Man war so klug wie zuvor — so klug, wie schon das Reichsarbeitsministerium Ende Juli war, als es nach Abschluß der damals stattgefundenen Arbeitszeitverhandlungen betonte, daß eine Einkommenskürzung durch Verkürzung der Arbeitszeit nicht mehr möglich sei, ohne daß die Zuverlässigkeit der Arbeiter, und ihr Arbeitswille darunter leide.

Heute ist die Einführung der 40-Stundenwoche erst recht nur noch möglich bei einem gleichzeitigen Lohnausgleich. Ebenso ist die Einführung der 40-Stundenwoche nur dann praktisch von Erfolg, wenn die Unternehmer einschließlich der Verwaltungen der öffentlichen Betriebe gezwungen werden, entsprechend der Kürzung der Arbeitszeit neue Arbeitskräfte einzustellen. Gerade nach dieser Richtung haben aber die Gewerkschaften sowohl beim Reich, als auch bei den Ländern recht trübe Erfahrungen gemacht. Es ist genau ein Jahr her, daß in Preußen eine Vereinbarung getroffen wurde, wonach überalterte Arbeitnehmer und Doppelverdiener aus den Betrieben zu verabschieden haben, um jüngere Arbeitskräfte Platz zu machen. Was geschah? Die Entlassungen wurden prompt vorgenommen. Eine Stelle wurde aber höchstens ein Drittel an Stelle der zur Entlassung gekommenen Arbeitskräfte. Der Zweck der Vereinbarung wurde also nicht erreicht. Die Gewerkschaften haben nicht die geringste Lust, noch einmal sich auf ähnliche Experimente einzulassen.

Zu Beginn der Krise wäre eine Arbeitszeitverkürzung ohne Lohnausgleich noch möglich gewesen. Die Stunde wurde damals aber nicht genutzt, weil die Unternehmer damals wie in der Folgezeit die Regierung auf Irrwege abdrängten. Das Ziel der Unternehmer war und ist, um jeden Preis jede Arbeitszeitverkürzung, auch eine solche ohne Lohnausgleich, zu verhindern. Sie haben schon nach der Inflationsperiode eine absolut unnötige und unberechtigte Verlängerung der Arbeitszeit erzwungen, und heute wie damals vertreten sie den Standpunkt, Deutschland könne nur durch eine möglichst lange Arbeitszeit gerettet werden. Hartnäckig kräuben sie sich sogar, zuzugeben, daß die Rationalisierung für die Arbeitszeit Konsequenzen haben muß, und in der Debatte über die Frage einer internationalen Arbeitszeitverkürzung, die im kommenden Jahr in den Vordergrund der internationalen sozialpolitischen Arbeit rücken dürfte, verschämten sie kein noch so törichtes Gebilde zur Vernebelung der Sachlage und zur Einküchlerung der Regierungen. Diesem Standpunkt und jenseits der Grenze arbeiten sie nach dem gleichen Schema. Der deutsche Unternehmer behauptet, die gesetzliche Festlegung der 40-Stundenwoche hindere eine Neubelebung der Wirtschaft in der Zukunft und bedeute vor allem für die Exportindustrie eine Gefährdung der Konkurrenzfähigkeit, und der Unternehmer des Auslandes behauptet das gleiche. So hat die Pariser Handelskammer zum Ausdruck gebracht, daß durch die Einführung der 40-Stundenwoche gerade die von der Krise am meisten betroffenen Länder profitieren würden, und daß damit der französischen Wirtschaft ein empfindlicher Schlag zugefügt werde.

Hier wird Komödie gespielt, eine Komödie, die den Zuschauern sehr teuer zu stehen kommt.

Mehr Menschlichkeit!

Das Kabinett Schleicher hat einen besonderen Kommissar für Arbeitsbeschaffung. Der Kanzler hat mit der Berufung dieses Kommissars der Öffentlichkeit sagen wollen, daß die Arbeitsbeschaffung zu den vordringlichsten Aufgaben der Regierung gehört. Diese vordringliche Aufgabe kann von der Regierung aber nicht gelöst werden, solange ihr die Arbeiterschaft mit tiefem Mißtrauen gegenübersteht. Dieses Mißtrauen ist nur durch einen radikalen Kurswechsel zu beseitigen. Laten sind hierzu notwendig.

Nicht nur die sozialpolitischen Unmöglichkeiten des Papen-Kurses müssen verschwinden, sondern auch dessen sozialpolitische Unmenschlichkeit. Seitdem die Sozialreaktion in der Reichsregierung den Ton angab, häuften sich vor allem in der Arbeitszeitfrage die Opfer der Wirtschaftskrise häufen auf. Der unter dem Druck der Krise erwungene Sozialabbau ist wirklich schon an sich schlimm genug; er braucht wirklich nicht noch sozusagen künstlich verschärft zu werden. Die ganze Arbeitszeitregelung ist aber heute voll von solchen Härten, die eigentlich nicht zu sein brauchen. Wir erinnern nur an die Winterzuschläge für die Arbeitslosen. Die Papen-Regierung hätte sich da ein tolles Stück geleistet, so toll, daß schließlich noch der Reichsarbeitsminister Schäffer unter dem Druck der öffentlichen Kritik wenigstens sichergestellt hat, daß die Angehörigen der Lohnklassen VII bis XI jedenfalls nicht weniger erhalten als die Angehörigen der Lohnklasse VI.

Das war nun ein ganz großer Fall. Es gibt aber auch die ganze Reihe von Küden und Lügen, die den davon Heim-

gesuchten oft, zur Käseerei treiben. Betrachten wir einmal, um ein Beispiel herauszugreifen, die Berücksichtigung der Sparmaßnahmen.

Versicherungsmäßige Arbeitslosenunterstützung kann nach dem 30. Unterstützungstag und Krisenfürsorge allgemein nur dann gewährt werden, wenn der Arbeitslose nach den Grundätzen der öffentlichen Fürsorge als hilfsbedürftig anerkannt wird; dabei ist an sich kein gesamtes verwertbares Vermögen und Einkommen zu berücksichtigen. Bei der versicherungsmäßigen Unterstützung und der Krisenfürsorge darf jedoch im Gegensatz zur Wohlfahrt die Unterstützung vom Verbrauch oder der Verwertung eines „kleineren Vermögens“ nicht abhängig gemacht werden. Die Arbeitsämter müssen also ein Sparlassenguthaben, das noch als kleineres Vermögen zu betrachten ist, bei der Unterstützungsgewährung unberücksichtigt lassen. Die Bestimmung, bis zu welchem Betrag ein Guthaben noch als kleineres Vermögen gilt, bleibt im übrigen den örtlichen Instanzen überlassen; maßgebend sind hierfür die Richtlinien des Wohlfahrtsamtes. Für den Arbeitslosen besteht danach grundsätzlich kein Anlaß, ein kleineres Sparvermögen vor seinem Antrag auf Arbeitslosenunterstützung von der Sparkasse abzuhaben, um die Kürzung oder Verjagung der Unterstützung zu vermeiden. Allein die Arbeitsämter sind an das Gutachten der zuständigen Gemeinde über die Hilfsbedürftigkeit des Antragstellers in der Weise gebunden, daß sie Unterstützung nur im Rahmen des von der Gemeinde vorgeschlagenen Sakes bewilligen dürfen. Wenn nun die Gemeinde bei der Hilfsbedürftigkeitsprüfung ein Sparlassenguthaben — wenn auch unzulässigerweise — mit berücksichtigt, so muß dies das Arbeitsamt zunächst gelten lassen; es muß dann dem Arbeitslosen selbst überlassen bleiben, im Einspruchsverfahren bei der Gemeinde eine Änderung ihres Gutachtens zu erwirken.

Das ist ein unmöglicher Zustand. Wenn auch das Arbeitsamt an die Verneinung der Hilfsbedürftigkeit durch die Gemeinde gebunden ist, so muß es doch gegen ein ungeschickliches Vorgehen der Gemeinde einschreiten, gegebenenfalls durch Benachrichtigung der Gemeindeaufsichtsbehörde. Als öffentliche Behörden, die mit der Betreuung der Arbeitslosen beauftragt sind, haben die Arbeitsämter selbstverständlich die Verpflichtung, die Durchführung der Gesetze zu überwachen.

Es kommt zu keinem Ergebnis

Der Reichstag bekommt das Abkommen über internationale Regelung der Arbeitszeit im Kohlenbergbau zunächst nur vorgelegt.

Dem Reichstag ist von der Regierung unter zahlreichen internationalen Abkommen auch das über die Begrenzung der Arbeitszeit im Kohlenbergbau vorgelegt worden. Die Regierung erklärt, daß es zweckmäßig erscheint, vor endgültiger Stellungnahme zur Frage der Ratifikation das Ergebnis weiterer Besprechungen der wichtigsten am Kohlenbergbau beteiligten Länder abzuwarten. Das Übereinkommen über die Begrenzung der Arbeitszeit im

Zum Abwehrkampf der Bauarbeiter

Situationsbericht der Breslauer Organisationsleitung

Der Bauwerksbund hatte die im Kampf und in Arbeit lebenden Mitglieder der Organisation für Montag, den 12. Dezember, wiederum zur Entgegennahme des Situationsberichts ins Gewerkschaftshaus geladen. Kollege Meije gab seinen Wochenbericht. Nicht nur, so betonte er, daß der „Schlesische Bauwerksverband“ in seinem Rundschreiben an die Mitgliedschaft den Vertragsbruch empfohlen hatte und bewußt unwahre Behauptungen aufstellte, hat er dies auch gegenüber amtlichen Stellen, wie zum Beispiel dem Arbeitsamt, getan. In einem Schreiben dorthin hat der Bauwerksverband die Behauptung aufgestellt, daß am Ende November d. J. von insgesamt 1200 im Arbeitsprozess befindlichen Bauarbeitern zwei Drittel, also 800 davon, zu den von dem Unternehmerverband festgesetzten Löhnen gearbeitet haben.

Dies ist eine der größten Fälschungen, und es ist dem Arbeitsamt denn auch bewiesen worden, daß der Bauwerksbund mit den anderen Verbänden zusammen allein an die 1100 Mann feststellt hat, die zu den alten Bedingungen am Ende November d. J. arbeiteten. Etwa rund 50 Streikende sind in allen drei Verbänden am Ende November d. J. zu verzeichnen gewesen, davon im Bauwerksbund genau 27.

Kollege Meije wies auch nach, daß der Unternehmerverband am 30. November d. J. in seiner Hauptversammlung gar nicht so einen scharfen Beschluß gegenüber den eigenen Mitgliedern herbeiführen brauchte, wenn das, was man dem Arbeitsamt geschrieben hat, wahr wäre. Man hätte die Mitglieder des Verbandes nicht mit Wechselverpflichtungen à 2500 Mark belästigen brauchen, um im Falle des Zuwiderhandelns die eigene Mitgliedschaft schröpien zu können.

Kollege Meije gab dann die Firmen bekannt, die seit der letzten Zusammenkunft die alten Löhne bewilligt haben und zahlen und diejenigen Firmen, die bisher noch überhaupt keine Unterbrechung in der Höhe der Lohnzahlung eintreten ließen.

Eine begeisterte Entrüstung entstand bei der Mitteilung über die wortbrüchigen Firmen, die im November mündlich und schriftlich Betriebsvereinbarungen mit der Mitgliedschaft und mit der Organisationsleitung getroffen hatten, in welchen der alte Lohn bis mindestens 31. Dezember d. J. garantiert wurde.

Diese Firmen haben dann aus Angst vor dem Terror ihrer Organisationsleitung diesen Betriebsvertrag und damit ihr Wort gebrochen, und die Organisationen der Bauarbeiter werden nicht verfehlen, sich deren Verhalten besonders zu merken.

Kollege Meije wies im besonderen darauf hin, daß von der Organisationsleitung schon am Anfang Dezember der demokratischen „Neuen Breslauer Zeitung“ und dem leider in der Arbeiterzeitung noch weiterverbreiteten Blatt „Breslauer Neueste Nachrichten“ eine durchaus nüchterne und sachlich gehaltene Feststellung über den Bauarbeiterlohn in Breslau zugegangen sei. Es war die dringliche und höfliche Bitte an die Redaktionen geknüpft worden, wenigstens diesen Artikel ebenfalls der Öffentlichkeit wegen, in ihre Spalten zu bringen.

Bis heute warten wir vergeblich darauf, und unter lebhafter

Kohlenbergbau werde daher dem Reichstag zur Zeit nur vor-gesetzt, um die international vorgelegte Frist zur Vorlegung zu wahren. Für den Fall, daß weitere Verhandlungen eine Ratifikation ermöglichen, werde eine neue Vorlage gemacht werden.

Also, weitere Besprechungen, weitere Verhandlungen, weitere Vorlagen — wenn das so weiter geht, können die Bergarbeiter alt werden wie Methusalem, und das internationale Abkommen über die Arbeitszeit im Kohlenbergbau ist in Deutschland und in den übrigen Hauptkohlenländern noch immer nicht ratifiziert.

Und was tun die Kommunisten für die Forstarbeiter

Im Fortausfluß des Preussischen Landtages wurde am Dienstag unter anderem ein sozialdemokratischer Antrag angenommen, der das Staatsministerium ersucht, dafür zu sorgen, daß der beabsichtigte Lohnabbau in der Forstwirtschaft unterbleibt.

Eine Gemeinheit

Die kommunistische Presse bringt tagtäglich spaltenlange „revolutionäre“ Schimpfereien gegen die Gewerkschaften und ihre Führung und versucht mit allen Mitteln eine Verbindung des Genossen Leipart mit dem Reichskanzler Schleicher zu konstruieren, um für ihre Heißkampagne gegen die Gewerkschaften einen neuen Vorwand zu finden.

Schon rein technisch ist es einfach unmöglich, auf die Unterstellungen und Anwürfe einzugehen. Es sei deshalb hier nur niedriger gehängt, daß das „Volks-Echo“ sich nicht scheut, die „revolutionäre“ Stillblüte zu wiederholen von den

„im Arbeiterbetrug ergrauten Gewerkschaftsführern“.

„Die im Arbeiterbetrug ergrauten Gewerkschaftsführer versuchen, ihr neues ungeheuerliches Verbrechen, die Unterstützung der jakobinischen Diktatur, zu beschönigen, zu verheimlichen, den Mitgliedern schmachhaft zu machen.“

Es hieße den Verleumdern einen Freidrief für ihre ungläublich gemeinen Schimpfereien ausstellen, wollte man derartige Behauptungen zurückweisen. Es genügt, die bedenkliche Gemeinheit anzuprangern, mit der kommunistische Führer ihre Unanfechtbarkeit zu beweisen suchen, durch derartige Verleumdungen die Gewerkschaftsführer herabzumühen. Das ganze Treiben der KPD bildet einen einzigen Beitrag, um die Gewerkschaftsmitglieder den parteipolitischen Parolen der Kommunistischen Partei zu unterwerfen. Die große Masse der Gewerkschaftsmitglieder hat diesen Beitrag längst durchschaut.

Verammlung der Reichsgewerkschaft Deutscher Kommunalbeamten und Angestellten

In der letzten Mitgliederversammlung am 9. Dezember referierte der Verbandsvorsitzende Kollege Gilmelher-Berlin. Er ging in seinem sehr interessant gehaltenen Vortrage auf die Gefahren ein, die der Beamten- und Angestelltenchaft gerade in der gegenwärtigen Zeit durch die Reaktion drohen. Einer kritischen Betrachtung unterzog er auch die Beamtenpolitik, die zur Zeit in den deutschen Ländern betrieben wird, die entweder ganz oder zum Teil nationalsozialistisch regiert werden. Außerdem machte er Ausführungen über die vom Verbandsbeirat beschlossenen Satzungsänderungen, die nicht unerhebliche Verbesserungen für die Kollegenschaft bringen. Zum Schluß gab er einen Überblick über die Leistungen des Verbandes, die trotz des gering gehaltenen Beitrages als erstaunlich anzupreisen sind. Er empfahl daher, weiterhin treu zum Verbands zu stehen und durch intensive Mitarbeit die Reihen der freigewerkschaftlich organisierten Beamten- und Angestelltenchaft zu stärken.

Zustimmung der Versammlung erklärte Meije, daß endlich einmal mit diesem General-Anzeiger-Kummel Schluß gemacht werden müsse.

Die Kollegen müssen das Blatt lesen, das ihrem Interesse dient und nicht Blätter, die in jedem Artikel zu einem mindesten indirekt die Gegnerschaft zu der organisierten Arbeiterbewegung hervorheben.

Unser Kampf, so schloß Kollege Meije seine Ausführungen, ist und bleibt ein Abwehrkampf mit ehrlichen und anständigen Mitteln.

Wir werden in diesem Kampf nicht nachlassen, bis auch die Gegner und die ihnen nahestehenden Kreise und namentlich die Geschäftswelt, ebenso die Beamten und Angestellten erkennen, daß ein einigermaßen günstiges Lebensniveau für jeden Volksgenossen die einzige Möglichkeit bedeutet, die gesamte Wirtschaft und damit die Bauwirtschaft wieder in Fluß zu bringen.

In der Aussprache ergab sich allseitiges Einverständnis mit den Ausführungen des Berichterstatters. Drastische und bittere Worte wurden gegen das Verhalten des Unternehmerverbandes gefunden. „Der Hauswirt will die Miete haben“, so erklärte ein Kollege mit Recht, „aber der Unternehmer will, daß sie nicht verdient wird. Die Bauwirtschaft soll Häuser erstellen, Wohnungen bauen, jedoch die dafür notwendigen Mieten dürfen nicht verdient werden.“

Nach Entgegennahme einiger neuer Feststellungen über diverse im Gang befindliche Arbeiten, dankte Kollege Meije für die in letzter Zeit so schwer und selten zu beobachtende Opferwilligkeit der Kollegenschaft. Es wurde hierauf folgende Entschließung einstimmig angenommen:

„Die heute im Gewerkschaftshaus Breslau versammelten freierorganisierten Bauarbeiter, denen der Schlesische Bauwerksverband als einziger der drei vertraglichstehenden Unternehmer-Organisationen zumutet, mehr als 20 Prozent unter dem von Reichsstatistischem Amt errechneten Existenzminimum zu arbeiten, lehnen diesen erbärmlichen Gewaltakt nach wie vor entschieden ab.“

Auch der größte Terror des Schlesischen Bauwerksverbandes gegenüber den Bauarbeitern als auch den eigenen Mitgliedsfirmen und noch so hohe Wechselverpflichtungen werden uns in unserem Abwehrkampf nicht hindern.

Wir stellen fest, daß die Öffentlichkeit als auch die amtlichen Stellen mit vollkommen unwahren Behauptungen irreführt wurden, und es wird lebhaft bedauert, daß Schwärzen und Diffamierung gegen diese bewährte Durchführung noch nicht entzündeter Front genügt haben.

Aber auch trotz dessen werden wir in geschlossener Ordnung unseren gerechten Kampf führen.

Die Versammelten wissen sich damit einig, mit allen gerecht und ehrlich urteilenden Menschen.“

Mit noch einigen kurzen Hinweisen auf die Taktik und das Zusammenarbeiten mit den anderen Organisationen wurde die Versammlung wie üblich mit dem Ruf „Freiheit“ geschlossen.

Der Terror war organisiert

Woher kommen die Mordbefehle?

In dem Prozeß gegen sieben SA-Angehörige wegen der Terrorakte in Penzig und Sohra verurteilte das Görlitzer Sondergericht Dienstag abend den Hauptangeklagten Gürtner Hellmut Engmann aus Sohra wegen Vergehens gegen § 5 des Sprengstoffgesetzes in Lateinheit mit Sachbeschädigung zu einer Gesamtstrafe von einem Jahr sieben Monaten Zuchthaus, den technischen Betriebsleiter Eugen Fischer aus Penzig wegen Anstiftung zur Sachbeschädigung zu vier Monaten Gefängnis, den technischen Angestellten Herbert Pöhl aus Penzig wegen Beihilfe zur Sachbeschädigung zu drei Monaten Gefängnis, wegen des gleichen Delikts den Reisevertreter August Schiel aus Görlitz zu einem Monat Gefängnis und den Landwirt Robert Kühn aus Sohra sowie den Metzger Kurt Rejchnit aus Sohra wegen Vergehens gegen § 25 des Schusswaffengesetzes zu einem Monat bzw. zwei Wochen Gefängnis. Der Gutsvorstand Heinrich Paschke aus Karlsdorf wurde freigesprochen. Fischer und Pöhl wurde die erlittene Untersuchungshaft auf die Strafe angerechnet; bei den Angeklagten Schiel, Kühn und Rejchnit gilt die Strafe als durch die Untersuchungshaft verbüßt. Engmann wurde sofort in Haft genommen.

Vor Abschluss der Verhandlung kam es bei der Zeugenvernehmung zwischen den Verteidigern, dem Vertreter der Anklagebehörde und dem Kriminalbeamten Kubin andererseits zu heftigen Auseinandersetzungen wegen der Behandlung der Angeklagten während der Ermittlungen. Kriminalassistent Döring-Görlitz betont, daß die Ermittlungen sehr sachlich geführt wurden und von „Erpressungen“ keine Rede sein könne. Der Angeklagte Pöhl habe aus freien Stücken heraus erklärt, daß Fischer den Befehl zu den Anschlüssen gegeben habe. Der Sturmbannführer Wilhelm Burggräf aus Klein-Biesnis, der aus der Untersuchungshaft vorgeführt wurde, bekundet als Zeuge, daß er bei der in Frage kommenden Besprechung im Görlitzer Braunen Haus tatsächlich an keine Unterführer die Anweisungen gegeben habe, „demonstrative Anschlüsse“ in Form von Steinwürfen usw. auf Gebäude der Gegner zu verüben, von Revolvererschüssen und Eierkandianaten sei aber keine Rede gewesen.

Der Vertreter der Staatsanwaltschaft beantragte gegen Engmann als den Haupttäter die Mindeststrafe von fünf Jahren einem Monat Zuchthaus, gegen den Sturmbannführer Fischer um Jahre drei Monaten Zuchthaus, gegen Schiel wegen Beihilfe zur Sachbeschädigung sechs Wochen Gefängnis, gegen Paschke sechs Monate Gefängnis, gegen Kühn wegen Schusswaffengebrauches sechs Wochen Gefängnis und gegen Rejchnit einen Monat Gefängnis.

Das Urteil ist, wie sich aus dem Vergleich der Anträge des Klagengerichtes mit den schließlich gefällten Strafen ergibt, sehr milde ausgefallen, da man den angeklagten Bürgerkriegskämpfern weitgehend mildernde Umstände zubilligte und ihnen vor allem zugute hielt, daß sie auf zentrale Anordnung, nämlich so gehandelt hätten, wie ihnen das in einer Besprechung im Görlitzer Braunen Haus vorgezeichnet worden war. Daß Herr Burggräf, der damals die Besprechung leitende Sturmbannführer, der sich demnach wegen ähnlicher „Demonstrationen“ als verurteilt hat, keine Anweisungen von Marxisten-mord als Zeuge natürlich zu beibringen vermochte, versteht sich wohl von selbst, kann ihm auch gar nicht untergekommen werden. Seitdem bleibt hier nur, wie so überhaupt so eng miteinander verbundene Fälle getrennt verhandelt werden, so daß die Angeklagten zu ihrer eigenen und zur Entlastung ihrer Kameraden

als Zeugen auftreten können, statt samt und sonders als Angeklagte vor Gericht zu stehen.

Immerhin, es bleibt als Ergebnis dieses Prozesses, der ja erst den Auftakt zu den Görlitzer Terrorprozessen bildet, die bedeutende Feststellung, daß der Mordterror der Nazis im August 1932 in Schlesien keinem Zufall zuzuschreiben ist, auch nicht die Explosion irgend eines spontanen Volkszornes, sondern ganz einfach eine planmäßig betriebene Aktion der Bürgerkriegsarmee vom Salentanz darstellte. Der Zusammenhang der Terrorfälle im Görlitzer Bezirk mit den Vorkommnissen im übrigen Schlesien ist evident, nicht nur in zeitlicher und politischer, sondern sogar in hinsichtlich der technischen Durchführung der Anschlüsse. Selbstverständlich hat sich das nicht hier und dort jener Sturmbannführer der, nach einem Zeugeneid des Regierungsrats Hitler stets unbewaffneten, SA selbstständig ausgebrochen. Das Görlitzer Sondergericht hat in seiner Urteilsbegründung ausgesprochen, die Zentrale, von der aus die Befehle zu dem Terror in Penzig und Sohra ausgingen, sei unermittelbar. Streng nach dem Verhandlungsergebnis beurteilt mag diese Feststellung zureichen. In der allgemeinen Beurteilung aber ist sie unzureichend, denn in einer derart auf militärische Befehlsgewalt gegründeten Organisation wie der SA kann diese unermittelte Zentrale eben nur die Zentrale der schließlichen SA sein, können die Anregungen zu den „negativen Demonstrationen“, wie einer der Angeklagten die Aktionen einschuldigend nannte, nur von dem schließlichen Gruppenführer, Herrn Gemwüder Heines, ausgegangen sein.

Kann wird gegen Heines ein Verfahren wegen Beihilfe zu den diversen Gemwüder eingeleitet werden? Material hierfür, so scheint es doch, dürfte sich aus den bisher geführten und den noch in Aussicht stehenden Prozessen trotz mancher Ungenauigkeit reichlich ergeben. Daß eine Reihe von Anschlüssen, so auch die in Penzig, verhältnismäßig glimpflich ausgingen, so beispielsweise der Genosse Allmann in Penzig „nur“ am Hüftgelenk verwundet und nicht in Stücke gerissen wurde, das ist ja wahrlich nicht den Anstiftern dieser heftigsten Mordaktion, sondern nur dem Zufall und der heldenhaften Angst zuzuschreiben, von der die ausführenden SA-Männer, als es ernst wurde, befallen waren. Daran, das wollen wir gerne zugestehen, ist Herr Heines allerdings unschuldig. Von der Schuld an jener heftigsten Terroraktion einer ganzen Provinz, wie sie der August für Niederschlesien brachte, wird ihm nur der Gehalt seiner staatsanwaltschaftliche Aufgabe freizugehen.

Seine Frau erschossen

Chetragödie auf der Landstraße

Auf der Straße nach Woißdorf, Kreis Goldberg, wurde die Ehefrau Kaul mit einem Schuß in der Brust tot aufgefunden. Sie war von ihrem Mann erschossen worden, der dann selbst den Tod und die Polizei benachrichtigte.

Nach den Darstellungen Kauls lebte er mit seiner Frau längere Zeit im Anfrischen. Als er am Nachmittag ins Gasthaus gehen wollte, sei er von seiner Frau zurückgerufen worden. Unterwegs hätte sie ihn mit Vorwürfen überhäuft und plötzlich gesagt: „Jetzt erlöse ich dich“, worauf sie aus einem Revolver einen Schuß gegen ihn abfeuerte, ohne ihn aber zu verletzen. Als seine Frau das zweitemal auf ihn anlegte, hätte Kaul, immer noch seiner Darstellung die Hand mit dem Revolver zurückgeschlagen, der Revolver habe sich entladen und das Geschoss sei seiner Frau in die Brust gegangen. Kaul wurde festgenommen und nach seiner Vernehmung in das Gerichtsgefängnis nach Weizsäcker eingeliefert.

Sachhausurteil

im Weizsäcker Mordprozess

Das Weizsäcker Sondergericht verurteilte gestern nach vierstündiger Verhandlung des Urteils in einem Sanatorium in Oberst. Die Angeklagten SA-Mann Karl Kalle wegen verurteilten Totschlags im Sinne des § 214 St.G.B. in zwei Fällen zu einer Gesamtstrafe von sieben Jahren Zuchthaus, den mitangeklagten SA-Mann Drobnitz wegen Verurteilung zu vier Monaten Gefängnis, die als durch die Untersuchungshaft verbüßt gelten.

Kalle hatte, wie bereits ausführlich berichtet, in der Nacht zum 4. August d. J. in Klein-Weizsäcker von einem Motorrad aus, das Drobnitz steuerte, sieben Schüsse auf eine Polizeistreife abgegeben, wobei ein Beamter schwer, ein anderer leicht verletzt wurde. Ein typisches Bild für die charakteristische Bejahenheit dieser Landsturmformationen bot Kalle in diesem Prozeß insofern, als er zuerst seinen Mitangeklagten D., der geschädigt war, mit „Lumme“ beschimpfte, nach den Strafanträgen des Staatsanwalts aber plötzlich aufstand und zusagte, daß die Angaben des D. in vollem Umfang zuträfen.

Zu einer, selbst in Kasiprozessen beispiellosen Maßlosigkeit des Anschuld. ließ sich in seinem Plädoyer der Verteidiger der beiden Angeklagten, ein Weizsäcker Anwalt namens Braun hinsetzen, so daß er schließlich mehrfach in die Schranken der bei Gericht üblichen Ausdrucksformen gewiesen wurde. Verzeichnend für die moralische Verkommenheit in weiten Kreisen des deutschen Bürgertums ist dabei, daß dieser Kasiprozess nicht etwa die Laten seiner Mandanten zu beschönigen, sondern sie fast zu glorifizieren suchte, da ihre „subjektive Schuld“ gegenüber dem heftigen Mordatentat sei.

Weder hat der Herr Rechtsanwalt nicht dabei gesagt, weihen „deutigen Staat“ er meinte, das republikanische Weizsäcker der abgeleiteten Regierung Braun und das Herrlichkeitsreize von heute.

Das Einbürgerungs

im Weizsäcker Mordprozess vor Gericht

Vor der Großen Strafkammer des Landgerichts in Weizsäcker begann gestern unter dem Vorsitz des Landgerichtsrats Dr. Weizsäcker der Prozeß wegen des Einbürgerungs im Weizsäcker des Hallenschwimmendes in Weizsäcker am 23. Oktober 1930, bei dem fünf Arbeiter getötet und 16 weitere verletzt wurden. Angeklagt sind der Dipl.-Ingenieur und Bauunternehmer Walter, Architekt Lejchitzky, Betonpolier

Thomalla, Architekt Gemtow, Bauführer Raupert, Magistratsbaurat Wolff und Bauführer Schindelfel. Zu der Verhandlung sind etwa 30 Zeugen und neun Sachverständige, darunter Professoren von mehreren technischen Hochschulen und der jetzige Stadtbaurat von Leipzig geladen.

Der Hauptangeklagte, Bauunternehmer Karl Walter, verteidigt von Juristat Marnoth-Breslau, führte zum Gegenstand der Anklage u. a. aus, daß bei der Ausarbeitung des Baues seitens der Stadt die Fundamentierung überhaupt nicht mit ausgeführt worden sei, sondern daß sie erst nachträglich gefertigt werden mußte. Seiner Auffassung nach waren auch die anderen Pläne für den Bau vollkommen unferlig. Er hatte den Eindruck, daß der Bau auf Drängen des Stadtbaurates von Reuthen ein halbes Jahr zu früh ausgeführt worden sei. Zu jener Zeit habe es überhaupt keine städtische Baupolizei gegeben. Es sei nur ein einziger Statiker, nämlich der Stadtbaurat selbst, im städtischen Bauamt gewesen. Der Bau sei ohne geprüfte Berechnungen ausgeführt worden. Weiter wurden während des Baues sehr oft Änderungen im letzten Augenblick angeordnet, so daß er gezwungen war, dauernd neue statische Berechnungen vorzunehmen. Seitens der Stadt seien die statischen Berechnungen für den Bau des Hallenschwimmendes erst Monate nach dem Unglück durchgeführt worden; ebenso sei der Bauvertrag erst sechs Monate nach dem Unglück aufgestellt worden. Nachdem ihm der Auftrag erteilt worden sei, habe er schon am nächsten Tage mit dem Anfahren des Materials beginnen müssen. Für die zwei Angeklagten Lejchitzky und Thomalla übernehme Walter die volle Verantwortung. Er sei der festen Überzeugung, daß seine Firma das Unglück weder verursacht, noch daß er es verhindern konnte. Nach seiner Ansicht habe die Betondecke herunterfallen müssen, weil derart schlechte Ziegel in Verwendung worden wären, daß sie dem Druck überhaupt nicht standhalten konnten, zumal die Mauer durch zahlreiche Verankerungen unterbrochen war. Mit der Ausführung der Mauer selbst hätte seine Firma nichts zu tun. Er habe auch eines Tages den Magistratsbaurat Wolff auf eine Mauer aufmerksam gemacht, die wie ein leicht gespannter Bogen aus sah. Die Mauer sei dann nochmals neu gebaut worden und er hätte annehmen müssen, daß sie nunmehr ordnungsmäßig errichtet wurde. Zu der Beschuldigung, daß er die Betonmischung nicht ordnungsmäßig vorgenommen habe, erkläre der Angeklagte, daß er zwei Sad Zement pro Kubikmeter mehr als notwendig verwendet habe, wodurch der von ihm verwendete feinstörnige Kies mehr als ausgeglichen worden sei.

Es wird mit einer Verhandlungsdauer von etwa neun Tagen gerechnet.

Wochenendkurs für den Landkreis Breslau!

Der Wochenendkurs mit Genossen Dr. Stamer besinnl. Sonntag, den 17. Dezember, im Zimmer 12/14 des Gemeindefaßbundes, 19-22 Uhr. Er wird Sonntag, den 18. Dezember, von 11-15 Uhr, im Zimmer 9 fortgesetzt. Mitteilungsblatt als „Kursus“ behandelt wird das Thema: „Bauer und sozialer Sozialismus“.

Wahlkreis der Stadt Kosenau

Ohne Hilfe des Schlimmste zu bekräften

In der letzten Stadtratsbesitzung wurde ein Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion als Resolution an die maßgebenden Stellen angenommen. In diesem heißt es u. a.: „Die Stadt Kosenau zählt rund 3800 Einwohner. Der Lebensstandard der Stadt war die „Marienhütte“, die noch im Jahre 1913 und 1921 rund 1200 Arbeiter und Angestellte beschäftigte. Die vollständige Aufgabe des Betriebes und die endgültige Schließung im November 1931 haben für die gesamte Bevölkerung einen bedrohlichen und hoffnungslosen Zustand geschaffen, der in kürzester Zeit zur Katastrophe führen muß. Die Wohlfahrtserwerbslosenziffer ist zur Zeit auf 430 angewachsen und entfallen somit auf 1000 Einwohner 112 Wohlfahrtserwerbslose mit ihren Familienangehörigen. Rund 270 000 Mark kommen nach dem Stand vom 15. November an Unterstützungsgeldern in diesem Jahre zur Auszahlung, von denen von der Stadt und dem Fürsorgeverband allein etwa 190 000 Mark aufgebracht werden sollen, wofür keinerlei Deckungsmöglichkeit vorhanden ist. Alle Bemühungen der städtischen Körperschaften, neue Wirtschaftsunternehmungen heranzuziehen, um Erwerbsmöglichkeiten zu schaffen, blieben erfolglos. Die Stadt ist hilflos und hoffnungslos und bekräftigt für die allernächste Zeit das Schlimmste, wenn nicht Reichs- und Staatsregierung unverzüglich eingreifen und durch wirtschaftliche Maßnahmen die ganze Bevölkerung einer Stadt vor einem nicht ausdenkbaren Untergang retten.“

2000 Weihnachtsbäume geklaut

Im Siedzitzer Forst (Ars. Oppeln) wurden Diebe überfallen, die 2000 Weihnachtsbäume unbefugt abgeerntet hatten. Die Bäume sollten gerade auf Wagen verladen und abgefahren werden. Zwei Personen wurden festgenommen.

Grünberg. Selbstmord nach der Operation. Der fünfjährige Gastwirt und Landwirt R. aus Döber, der lange Jahre Gemeindevorsteher dieser Gemeinde war, stoch sich eine Kugel in den Kopf, die ihn sofort tötete. R. hatte sich dieser Tage wegen eines Magenleides einer Operation unterziehen müssen und war auf seinen ausbrüchlichen Wunsch in schwerem Zustand nach Hause gebracht worden. Als Komplikationen eintraten, griff R. zur Waffe. Er hinterließ Frau und sechs Kinder.

Goldberg. Beim freiwilligen Arbeitsdienst lebensgefährlich verletzt. Beim freiwilligen Arbeitsdienst am Goldberg kam der Arbeitsdienstwillige Grünig aus Grünberg infolge der Gültigkeit zu Fall und geriet unter eine Last. Mit schweren inneren und Beinverletzungen mußte er ins Goldberg Krankenhaus eingeliefert werden.

Jauer. Stromstörungen durch den Frost. In Jabelsdorf ereichte abends plötzlich das elektrische Licht und der Ort stand in magisch blaugrüner Beleuchtung. Infolge des Reizes waren drei Drähte der Hochspannungsleitung gerissen, wodurch Kurzschluß mit einem großartigen Flammenpiel entstand. Auch in Jauer trat die Lichtstörung ein.

Wienitz. Devisenheiber auf freien Fuß gesetzt. Der am 28. November unter aufsehenerregenden Umständen wegen schwerer Vergehen gegen die Devisenverordnungen u. a. verhaftete Inhaber der bekannten Wienitzer Maschinenfabrik Leigert & Sohn, Ingenieur Fritz Leigert, ist am Montag abend gegen eine Sicherheitsleistung von 50 000 Mark vorläufig auf freien Fuß gesetzt worden. Der Haftbefehl besteht weiter.

Wroslitz. Arbeiterfrau bekommt Drillinge. Die Frau des Arbeiters Alfred R. wurde von Drillingen, zwei Knaben und ein Mädchen entbunden. Das Ehepaar hat nunmehr neun Kinder, eine Quelle ewiger Sorge, denn woher soll ein Arbeiter in der Trostlosigkeit proletarischer Daseins dieser Zeit, auch noch die notwendige Nahrung für neun Kinder nehmen.

Schweidnitz. Lebensmüde Jugend. Der neunzehnjährige Fleischergehilfe Gerhard H. in Ober-Weißbach wurde auf dem Boden über der Werkstatt erhängt aufgefunden. Das Motiv zur Tat konnte noch nicht festgestellt werden.

Friedeberg a. O. Todesopfer der Winterkälte. Am Riebenberg fand man den Arbeiter Reibig nach hier erfroren auf. M. unternahm auf ärztlichen Rat täglich Spaziergänge. Offenbar wagte er sich zu weit, wollte sich ausruhen, wobei er einschielte und den Tod durch Erfrieren fand.

Striegau. Eine Kuh bringt Drillinge zur Welt. Bei dem Gutbesitzer Heinrich Kirchner in Döber brachte eine Kuh Drillinge zur Welt. Die Käber, die zusammen ein Gewicht von 180 Pfund hatten, waren aber bereits bei der Geburt tot.

Bollenshain. Leiche beschlagnahmt. In Radeck wurde kurz vor der Beerdigung die Leiche eines unter Vergiftungserscheinungen gestorbenen jungen Mannes zur Sezierung beschlagnahmt.

Bratzsch, Kreis Leobischütz. Tod auf der Landstraße. Der Baumküller Richte aus Peterwitz wurde bei Bratzsch auf der Straße neben seinem Motorrad schwer verletzt aufgefunden. Er starb auf dem Transport ins Krankenhaus. Der Unfall ist vermutlich auf Versagen der Bremse zurückzuführen.

Lüben. Ein Kind tödlich verbrüht. In Gr. Reichnitz wurde das dreijährige Töchterchen des Stellenbesizers Brudrüllings in einer Cimer mit kochendem Wasser. Das Kind erlitt so schwere Verbrühungen, daß es kurz nach Einlieferung im Krankenhaus in Lüben verstarb.

Aus der Umgebung

Zobten. Stadtratsbesitzung. Am Freitag den 16. Dezember, 20 Uhr, findet im Stadtratsbesitzungssaal eine öffentliche Stadtratsbesitzung statt. Die sozialdemokratische Fraktion hat einen Dringlichkeitsantrag eingebracht, in dem sie eine Weihnachtsbeihilfe für die Wohlfahrtserwerbslosen fordert.

Ottajahn. Unser Frauenabend am 7. Dezember wurde überaus gut besucht. Mit dem Viede: „Schon dämmert in der Ferne das Morgenrot“ und einem Willkommensgruß der Frauenleiterin wurde die Veranstaltung stimmungsvoll eröffnet. Genosse Kiehl leitete den Abend mit ein paar kurzen Worten ein. Darauf folgte ein Lustspiel und ein Film des Betriebes der GEG. Anschließend hielt Genosse Steffen ein politisches Referat. Das Trio des Konjunkturvereins „Vorwärts“ verbrachte den Abend durch heitere Vorträge. Mit einem gemeinsamen Tanzabend wurde der Frauenabend schließlich in vorgerückter Stunde beendet.

Sozialdemokratische Partei

Unterbezirk Breslau-Land/Neumarkt/Nimptsch
Sekretariat: Margaretenstr. 17, Gartenham (Neubau), Zimmer 170-171
Telefon 7504, 7501
Sprechstunden: Dienstag, Mittwoch, Freitag von 9-13 u. 16-18 Uhr

Wagnern. Donnerstag, 12. Dezember, 20 Uhr, Mitgliederversammlung. Redner: Genosse Schiffer.

Katteln. Unser nächster Frauenabend findet am Anfang Januar statt.

Schweres Eisenbahnunglück im Alpentunnel

Im Güter-Tunnel bei Luzern in der Schweiz stieß gestern nachmittags der Personenzug Luzern-Bellinzona mit dem Güterzug Zürich-Luzern zusammen. Der Zusammenstoß war außerordentlich heftig. Bis Mitternacht wurden sieben Tote geborgen. Sechs Personen werden noch vermisst. Fünfzehn Passagiere wurden mit mehr oder weniger schweren Verletzungen geborgen. Sie fanden in Krankenhäusern Aufnahme.

In dem dunklen und engen Tunnel gestalteten sich die Rettungsarbeiten außerordentlich schwierig. Man fand im Tunnel den einen der beiden Lokomotivführer noch vor, im Tode noch seinen Arm wie zur Warnung aus der geöffneten Tür des Führerstandes hinausstreckend. Beide Lokomotivführer wurden getötet.

Die Ursache des Unfalls soll darin liegen, daß der Zürcher Schnellzug das geschlossene Einbahnkanal überfuhr und mit 70 Kilometer Geschwindigkeit in den von Luzern kommenden Personenzug, der nach dem Gotthard fahren sollte, hineinrauste.

Die Tücken des Eises

Massenunglücke von Kindern

Ein furchtbares Unglück ereignete sich gestern auf dem Mittelrhein bei Rugeheim (Wass). Auf dem die Kälte der letzten Tage bereits Eis gebildet hatte. Eine Anzahl Kinder wollte sich auf der Eisdecke tummeln, die aber plötzlich auseinanderbrach. So daß sechs Kinder einbrachen und untergingen. Fünf Kinder, vier Mädchen und ein Junge im Alter von 8 bis 15 Jahren gehören der Familie Weingaus Rugeheim. Das 15jährige Mädchen hatte sich ans Ufer retten können und versuchte nun, seinen Geschwister Hilfe zu bringen. Dabei wurde es aber von einem der Geschwister, das sich an sie geklammert hatte, wieder in den Mittelrhein gezogen und mußte ebenso wie seine Geschwister ertrinken. Das sechste ertrunkene Kind, ein

Junge im Alter von etwa acht Jahren, gehört der Familie Graber.

Eine weitere Unfallsmeldung kommt aus Sennheim an der Mosel. Dort ertranken fünf Kinder im Dorfteich, auf dessen Eis sie gespielt hatten.

Aufregender Zwischenfall im Washingtoner Repräsentantenhaus

In der gestrigen Sitzung des Washingtoner Repräsentantenhauses kam es zu einem aufregenden Vorfall. Mitten in der

Verhandlung erhob sich auf der Publikumstribüne ein Unbekannter, der einen Revolver zog und ihn gegen die Abgeordneten richtete, wobei er schrie, er verlange für einige Minuten das Wort. Der Vorfall hatte auf der Tribüne eine Panik zur Folge. Die Besucher flüchteten, und auch mehrere Abgeordnete eilten aus dem Saal. Beamte des Hauses umringten den unheimlichen Besucher, sie befehlten ihm, den Revolver wegzuworfen, was ohne Widerspruch geschah. Die Waffe war geladen. Der Unbekannte wurde abgeführt und in Haft genommen.

Schwere Pockenepidemie in Teheran

In Teheran herrscht seit einigen Monaten eine furchtbare Pockenepidemie. Von 422 Pockenkrankungen sind seit dem 1. Oktober 258 tödlich verlaufen.

Das Zaubergras von Southampton

Das seltsame Angebot eines englischen Fischers

Eines Tages erhielt die holländische Regierung ein seltsames Schreiben. Ein armer unbekannter englischer Fischer hatte es abgeschickt, und die Mitteilung, die es enthielt, war sonderbar genug. Der Fischer, der in dem Dörfchen Poole bei der großen englischen Hafenstadt Southampton beheimatet war, bot der holländischen Regierung nichts weiter als Samen an, einfachen Grasamen. Aber er schrie, daß diesem Samen ein seltsames, bisher in Europa unbekanntes Gras entsprächen werde, das dem weiteren Vordringen des Meeres an gefährdeten Küsten ein Ziel zu setzen vermöge. Da Holland den Angriffen der See stets ausgesetzt sei, bitte er, Versuche mit diesem Wundergras zu machen. Die Holländer waren so vorurteilsfrei, den Samen auszusäen und die Wirkung zu studieren. Und siehe da, der einfache Fischer aus England hatte nicht zu viel versprochen: Dort, wo das Gras wuchs, wurde verfestigter Boden hart bis in die Tiefe hinein. Aber auch das Meer schien eine seltsame Scheu vor diesem Gras zu haben: Die Flutwelle wurde mit erstaunlicher Gewalt von den schwankenden Halmen gebrochen.

Nun spricht sich das Gerücht von dem Wundergras herum.

Auch in England finden sich Gemeinden, die von dem Fischer Samen kaufen und gute Erfahrungen damit machen. Und nun werden die Engländer überall aufmerksam. Die Wissenschaftler nehmen sich der Sache an. Der Leiter des staatlichen englischen Forschungsinstitutes für Landwirtschaft in Chelmsford, Professor James Brnoo, prüft die Wirksamkeit des Grasses, das sich plötzlich aus wenigen Keimen an der Küste Südenglands bei Southampton gebildet hatte. Woher kam das seltsame Gras, welcher Art war es, wo in der Welt war es noch zu finden?

Die Antwort konnte ein Professor vom Kings College in London geben. Er war schon früher auf das Gras aufmerksam geworden. Durch eingehende Prüfungen und Vergleiche hatte er festgestellt, daß das Gras einer in Südamerika heimischen Reisgrasart ähnelte, die die Naturwissenschaftler unter dem lateinischen Namen Spartina Tausendi bezeichnet hatten. Der Herr Professor war am Meeresstrand gewesen und hatte seine Vergleiche angestellt, aber er hatte zu kurze Zeit dort verweilt, um dieselben Beobachtungen machen zu können wie der scharfsichtige Fischer. Es war er, von seinen wissenschaftlichen Feststellungen befreit, wieder nach London gefahren.

Der Fischer aber baute auf das Vorkommen des Grasses eine neue Existenz auf. In England glaubte man ihm zunächst nicht, wenn er von den wunderlichsten Fähigkeiten seines Grasses erzählte. Der Prophet gilt ja selten etwas in seinem Vaterlande. Als sich aber die Erfolge der Holländer nicht mehr verheimlichen ließen, da wurde auf Grund der Untersuchungen des erwähnten Forschungsinstitutes in Essex mit Unterstützung der Regierung eine Versuchsfarm eingerichtet. Das Gras wurde in überschwemmtes Land hineingesät, und schon nach kurzer Zeit konnte man feststellen, wie der Boden trocken und hart wurde. Es hatte geradezu den Anschein, als ob das Gras das Wasser verschluckt hätte.

Nun ging man auch in England von Staats wegen daran, das Gras zunächst an besonders gefährdeten Stellen anzupflanzen. Streifen von hundert Meter Breite des etwa zwei Meter hohen Grasses sollen jede Flutwelle zerbrechen. Die Ausichten, die sich nun eröffnen, werden kaum zu überschätzen sein. Menschenleben und wertvolles Land werden mit Hilfe einer scharfsinnigen Beobachtung, die ein einfacher Proletarier machte, vor Katastrophen, die gieriges Wasser verursachen kann, bewahrt bleiben.

Hohenzollerndant

Vor dem Potsdamer Arbeitsgericht begann am Dienstag eine Verhandlung gegen den Prinzen Friedrich Leopold von Preußen junior, bzw. gegen die prinzipale Hausgutsverwaltung; der Termin wurde nach zweifachem Verhandeln vertagt. Kläger ist die 67-jährige Witwe des prinzipalen Willenauffsehers Bartisch auf Uskam bei Sahnig. Bartisch ist im Juni gestorben. Seit 30 Jahren gehörte er zum Hofstaat des Prinzen Friedrich Leopold senior. Die Klägerin erhielt bis heute noch keinen Pensions-Pension; Mahnungen und Pfändungsaufträge hatten keinen Erfolg. Als ein Vertreter des jungen Prinzen vor Gericht erklärte, daß die belagte Partei keine rüchliche Mittel besitze, fragte der Vorsitzende empört: „Besteht nicht so viel Vertrauen zu dem prinzipalen Erben, daß die Hausgutsverwaltung die rüchliche Pension von etwa 900 Mark für die alte Frau gibt? Die alte Frau auf Uskam braucht Geld. Sie kann doch nicht verhungern! Wo ist denn der Prinz jetzt? Die Antwort des Hohenzollerndantens: „In Lugano...“

Sich selbst amnestiert

Aus dem Verleberger Gefängnis flüchtete ein Strafgefangener, der wegen Diebstahls eine längere Freiheitsstrafe zu verbüßen hatte.

„Sport“

In Camden (Dem Jersey) trafen zwei Amerikaner und ein Engländer ein, die vor genau vier Jahren Los Angeles auf Kollisionskurs verlassen hatten. Sie wollen auf ihrem merkwürdigen Gefährt um die ganze Welt rollen. 65 000 Kilometer haben sie bereits zurückgelegt; 25 000 „Fehler“ ihnen noch. Am Ziel sollen ihnen von amerikanischen Filmfirmen für ihre Leistung 65 000 Dollar ausbezahlt werden.

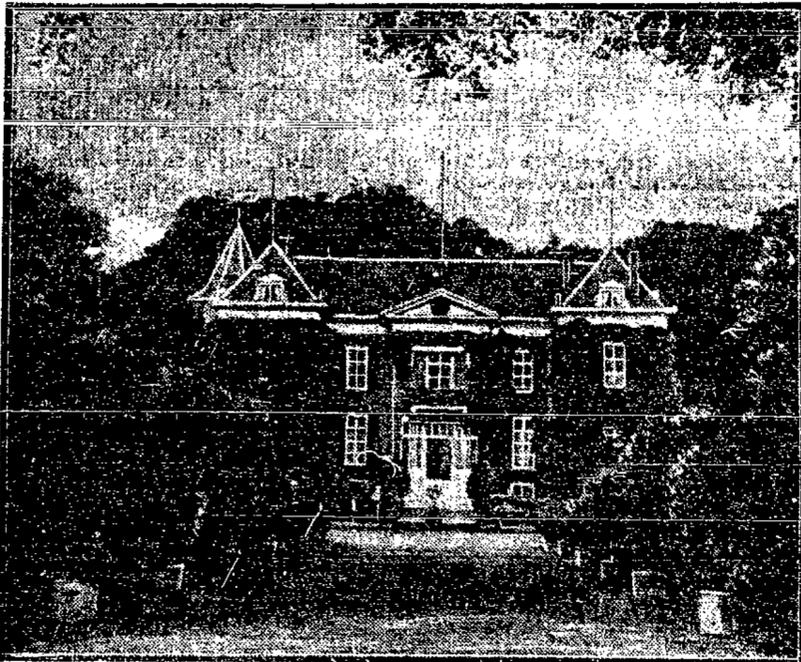
Identifiziert

Der Leichnam, der in viele Teile zerstückelt vor drei Wochen in zwei Koffern auf den Bahnhöfen Rom und Neapel aufgefunden wurde, ist nunmehr identifiziert. Die Ermordete ist ein junges Dienstmädchen aus Rom, das Anfang November auf Grund eines Heiratsgeschlechtes seine Dienststelle verlassen hat. Von den Mördern fehlt noch immer jede Spur.

Flieger Bertram kehrt nach Australien zurück

Der deutsche Flieger Bertram, dessen Flugzeug bei einem Startversuch auf Java beschädigt wurde, beabsichtigt, nach Australien zurückzukehren, um nochmals den Versuch zu machen, in sieben Tagen von Australien nach England zu fliegen.

Der Besuch bei Wilhelm

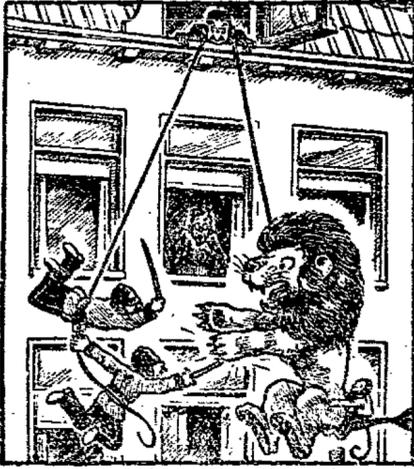


Wie gemeldet, ist in Wilhelms schönem Schloß in Doorn ein Mann festgenommen worden, der „einen Revolver schweren Kalibers und einen großen Dolch“ bei sich führte. Es ist festgestellt, daß es sich um einen gewissen Heinrich Fueder aus Neuß am Rhein handelt. Die Polizei hält ihn für geisteskrank. Man hat ihn nach

Er hat angegeben, daß er dem Kaiser eine Botchaft Hitlers überbringen wollte. Mit dem Revolver habe er sich durch Luftschüsse bemerkbar machen wollen, falls er den Kaiser im Park getroffen hätte. Den Dolch habe er bei sich geführt, um gegebenenfalls einen Wachhund unschädlich machen zu können. Deutschland abgeschoben.

Gambo und Jocko eine lustige Löwengeschichte

Von G. Th. Notman



Was droben geschieht, ist aber auch schlimm! Gambo ist wieder davon geizt und saust mit großen Sprüngen durch die Luft, von einem Dach zum anderen. Die beiden Polizisten, die sich das Tau um den Leib gewunden hatten, und so schnell nicht losknüpfen konnten, mußten natürlich mitfahren. Ach, auf einmal nahm Gambo seinen Sprung zu kurz und alle taumelten herunter!

Gerade in diesem Augenblick steckte Herr von Kébell seinen Kopf aus dem Dachfenster, um zu sehen, was droben los wäre, und wer doch so einen Lärm mache. Und, liebe Kinder, was geschieht nun? Das Tau bleibt Herrn von Kébell hinter dem Halle hängen, so daß Gambo und die anderen zwischen Himmel und Erde schweben. Ein verzweifelter Luftkampf entbrannt. „Ach, ach, man ist ja heutzutage nirgendwo seines Lebens sicher!“ tollert Herr von Kébell mit halb zugeprückter Kehle vor sich hin. „Au, au, meine Nadenmuskeln!“

Sozial denken

heißt sozial handeln. Nimm Dir ein Los der Arbeiterwohlfahrtslotterie 1932!

Bücher liegen an

Mussolini ohne Maske. — Römische Vision. — Angellagerter Schlepperegg. — Die Marie.

Alfred Kurella: „Mussolini ohne Maske“. Neuer Deutscher Verlag, Berlin W. S. Preis geb. 5 Mark.

Der erste rote Reporter bereist Italien. Man weiß, Kurella ist Kommunist. Er war es als junger Student und Kriegsteilnehmer, er ist dem Glauben seiner Jugend noch heute treu. Das hat man zu berücksichtigen, wenn man jene Stellen des Buches liest, an denen es zu einer Auseinandersetzung zwischen sozialistischer und kommunistischer Problemstellung kommt. Kurella ist Fanatiker seiner Idee, aber kein Fanatismus ist echt.

Sein Buch ist sachlich. Er untersucht mit nüchternster Eingetragtheit. Er hält sich bewußt von den üblichen Reporterwegen fern. Er besucht Dörfer und Städte, Landgüter und Bergwerke, Felder und Arbeiterwohnungen, er bereist Italien von Nord nach Süd. Abwärts der Meerstraße der Italiener. Er geht zum Volke. Er bringt Tabellen über Arbeitslöhne, Einkommen der Gutspächter, Stand der Arbeitslosigkeit. Und so sieht er die Kehrseite des Faschismus, sieht den Faschismus, wie er wirklich ist. In überzeugender Objektivität widersetzt er die falsche Lüge von aufblühendem Italien, zufriedenen Arbeiter, glücklichen Mittelstand. Aus Zahlen und Daten formt sich das unabweisliche Bild des kapitalistischen Italiens, in dem die arbeitende Klasse nichts von einer Harmonie der Klassen, wohl aber alles von der Herrschaft der Junker, Schlotbarone und Snobiers weiß. Es formt sich das Bild eines wirtschaftlich und politisch rechtlichen Volkes.

Kurella geht allerdings dem Jettum der mangelnden politischen Demokratie aus dem Wege. Sie ist für ihn nichts als Folgeerscheinung der hochkapitalistischen Wirtschaft. Dahinter steht aber mehr. Seine laubere und gründliche Sachlichkeit hätte ihm kaum die Erläuterung des Problems der faschistischen und bolschewistischen Diktatur erspart. Das aber wollte er bewußt nicht anschneiden. Für den Sozialisten liegt darin die Schwäche des Buchs — für den kommunistischen Kurella vielleicht der wunde Punkt seines politischen Glaubens. Mit dieser Einschränkung ist sein Buch klar, marxistisch, tapfer und kämpferisch. E. R.

Upton Sinclair: „Römische Vision“. Roman. Deutsch von Colonel Dunin. Union Deutsche Verlagsgesellschaft Stuttgart. 4. Auflage 1932.

Der sozialistische Feiler kennt Sinclair als den großen sozialistischen Kritiker der amerikanischen kapitalistischen Gesellschaft. In jedem seiner Werke bezieht er sich an irgendeinem Tatsachenkomplex des amerikanischen Lebens fest und durch seine nichterne Berichterstattung kam das leidenschaftliche Ethos des sozialen Reformators. Wenn er in der „Römischen Vision“ die schwere und harte Art seiner Wirklichkeitsdarstellung etwas auflockert und Form und Inhalt des Romans ins labilierend Spielerei hinübergerückt läßt, mag man darin die Laune eines Kämpfers sehen, der sich eine Erholungspause gönnt.

Römische Vision: Das sind die Phantasiebilder eines reichen jungen Amerikaners, der nach einem Autounfall im Dämmerzustand sich nach dem Kom der Kaiserzeit zurückversetzt glaubt und in römischer Gewand das leidet, was er amerikanisch im 20. Jahrhundert erlebt. Was dabei herauskommt, ist eigentlich eine ganz unterhaltliche Form von Geschichtsvergleichung amerikanischer Prosperitätszustände des 20. Jahrhunderts und Rom in höchster kapitalistisch-imperialistischer Blüte kurz vor dem Verfall. Daß er dabei mit Mythos und Transzendentalen spekuliert, charakterisiert den Spötter Sinclair eben so sehr wie den Menschenbildner, der mit der Verquickung von Liebe, Mythos, sozialer Gewissensschmerzen und Geschäftstüchtigkeit die ganze Unmöglichkeit des erwachsenen sozialen Milliardärgewinns ironisiert. Die ideenreiche und ausführlichen Schilderungen amerikanischen Familienlebens und strebens unterreichen diese Art lebenswüßiger Gesellschaftskritik, mit der im Grunde genommen Sinclair härter als durch jedes anklagende Pathos die Unerträglichkeit dieser Gesellschaftsform für die heutige Bekämpfung des Lebens darstellt. Es ist ein ebenso unterhaltliches wie nachdenkliches Buch. E. R.

Bruno Kellien Haken: „Angellagerter Schlepperegg“. Eugen Lieberichs Verlag, Jena, 1932.

Der Schriftsteller Bruno Kellien Haken hat sich durch sein Buch „Der Fall Bundhund“ den Ruf eines begabten Schriftstellers und eines sozial laubere und anständig denkenden Menschen erworben. Im übrigen löstete ihm der Bundhund seine Stellung. Die Behörde, bei der er arbeitete, fühlte sich zu trenn verurteilt. — Die Arbeitslosen hingegen, deren tragisches und zwangsläufiges Jermalmern in der lombinierten Maschinenrie Behörde — Gesellschaft, der Held Bundhund demonstriert, fühlten: hier ist einer, der unser jammervolles Elend, unser jetztes Leben anklagend aufspürt — parteilos anklagend, alle anklagend.

Jetzt liegt vor uns der „Angellagerter Schlepperegg“. Der Mühlenbesitzer Schlepperegg, als Junge in einem Prozeß wegen Zusammenrottung nach einer politischen Versammlung vernommen, steht in seiner Aussage gegen den Dienst zwei Polizeibeamten. Daraus konstruiert das Gericht ein Meinheitsverfahren gegen Schlepperegg: zwei Jahre Zuchthaus und Vernichtung seiner wirtschaftlichen Existenz sind die Folge davon, denn er schwor, etwas nicht gehört zu haben, was die Polizeibeamten hörten. Der Roman entwickelt sich aus Presseberichten, Schriftsätzen, Gladstones „ähelich gelagerter Felle, mehr oder weniger wortgemäß angeführt.“ Was die Beamten als gehört auf ihren Dienst nahmen, richtet sich gegen die Oppositionspartei. Und nun sind bewußt oder unbewußt Staatsanwalt, Referendar, Richter, Polizeibeamte janzitisch bemüht, die Unfehlbarkeit des Dienstes zu unterstreichen aus den Tatsachen gegen die Oppositionspartei auszuweisen. In diesem Gewirr prozeduraler Vorgänge mit der Gottheit des geschriebenen Gesetzes wird Vernunft Unvernunft und Geist Schwachsinn. Das Allgemeine, die hamäleonartige Gefährdungsfähigkeit der Träger der Regierungspartei, Engstirnigkeit, Autoritätsanbetung und Götterglauben an geschriebenes Gesetz, Unfähigkeit der Prozedur, Namenlosigkeit vorgerichtlicher Voruntersuchung verflochten sich zum Gezüpp, aus dem Schlepperegg nicht mehr herausfindet!

Klagt Haken die Rechtspflege an? Zum mindesten zeigt er das Starre, Maskenhaftigkeit ihrer „Objektivität“. Zum mindesten deutet er auf, daß, so lange es menschliche Impulse, Reigungen, Willensrichtungen, Irrtümer gibt, keine Objektivität möglich ist. Zum mindesten zeigt er die schädlichen und bössartigen Stellen im ganzen Rechtsverfahren auf — Methoden der Voruntersuchung, den ganzen Komplex „Meinheit“, „Dienst“, die merkwürdige Verfloppelung von Justiz und Polizei.

Klagt Kellien auch diesmal parteilos alle an? Nichtsdesto weniger politischer Verhältnisse werden sich zum menschlich-sozial empörten Gewissen des Verfassers ergreifen und rühren lassen. Wer aber in unserer politischen Atmosphäre zu Hause ist, spürt eine Vorweggenommenheit zwischen den Zeilen — wenn vielleicht auch noch keine Stellungnahme. Die Charakteristik der Vertreter der Oppositionspartei, die Kombination des Falles, die geschickte Verknüpfung von Allgemeinlichem mit Vertrieben der anderen Seite, die unabweisbare Folgerung für jeden Leser: hier wird einem Menschen schreckliches Unrecht getan, gegen Haken menschlich empörtes Rechtsempfinden unter das Dämmerlicht des Hellenreizes. Vorläufig spürt man bei ihm nur die Annäherung an eine Atmosphäre, die vielleicht seinen sozialen Körper nichts

anhaben kann. Aber die Ehrlichkeit und Sauberkeit seiner Stellung als Kritiker sozialer Verhältnisse ist in Frage gestellt, sobald Haken sich von dieser Atmosphäre umfängen läßt. Das möge Kellien bedenken, dessen Stärke auch in diesem Buch im leidenschaftlichen Bemühen um das Lebendige Menschentum in unserer Zeit liegt. E. R.

Otto Alfred Poligisch: „Die Marie“. Propyläen-Verlag, Berlin, 1932.

Das Schicksal gab der Marie Bhagel, die als Dienstmädchen in der Laubacher Straße in Berlin anfing und nach einem langen Leidensweg mit sich selbst Schluss machte, um als begnadigte Mörderin der Rettungsatmosphäre eines Potsdamer adligen Stiftdamenhaushalts zu entfliehen, einen Alltagsroman. Dieses „Marie“ ist das Stichwort für den Tageslauf tausender von „Marias“, die von morgens bis abends Zimmer putzen, Wäsche waschen, Essen kochen, schnell einmal die Hintertreppe herunterstürzen, um ein paar menschliche Worte mit der anderen Marie zu sprechen — deren Welt der Abendausgang und der freie Sonntagmittag mit seinen billigen kleinen Freuden und der großen Sehnsucht nach dem Unerhörten ist.

Es sah so aus, als ob diese Marie in dieses Massen-schicksal untertauchen würde. Aber sie hat den ungewöhnlichen Nachnamen Bhagel — und etwas Besonderes in ihr köpft sie fort von den Schicksalsgenossinnen. Sie fühlt die traurige Freudlosigkeit ihres Hinterzimmerdaseins und sie erlebt mit jammerschmerzlicher Ernüchterung den falschen Ton in der Vorderzimmerpracht. Analgie der bürgerlichen Gesellschaftsmoral? Das wäre zu viel gesagt für Poligisch leicht hingeworfene Schlagzeilerdetails. Immerhin erhält Marie Bhagel so etwas wie einen Begriff von der Scheinmoral des Bürgertums, der sie ganz bewußt aus dem Weg geht. Sie hält sich zusammen, verzichtet, klar und sauber den Weg des arbeitenden Menschen zu gehen, der einmal aus der Enge heraus will. Sie denkt, daß sie diesen Aufstieg durch ihre Heirat findet. Nun geht es aber nicht mehr so einfach. Der Mensch Marie Bhagel bestand den Kampf mit dem Leben — die Frau verliert den Kampf mit dem Mann.

Es ist vielleicht des Romans bester Teil, diese Schilderung der langjahren Verdrängung Marias in Haß, Abneigung, Mißtrauen, Eifersucht. Der vertraute Mensch wird getäuscht, die liebende Frau verfehlt. Daß gerade Mathilde, die Schwägerin, die Störerin ihrer Ehe, von Marie totgeschlagen wird, mag als Tatsache ungewöhnlich sein. Als jellischer Vorgang ist es typisch, daß die Frau in ihrer Herzverweilung das eigene Geschlecht anfaßt — in ihr erschlägt sie sich eigentlich selbst. Der Schlächtermeister Bhagel steht — Typ aller Männer für alle Zeiten — fassungs- und ahnungslos vor diesem tierischen Wutausbruch seiner Frau, von deren Empfindungs- und Gefühlswelt nie ein Schimmer in seine robuste Körperlichkeit gedrungen war. Der Feind der Marie ist der Schlupfwinkel hinter ihrem Leben, dessen Sinnlosigkeit sie nicht mehr in den Alltag einordnen konnte und wollte.

Dieses bewußte Wollen hebt Marias Menschentum noch einmal aus der Bahn der Alltäglichkeit. Poligisch hat ein erschütterndes Einzelgeschick erschütternd gezeichnet — der Leser wird nicht um die Konsequenz herumkommen, sich die Hintergründe solcher Schicksale klarzulegen. Marie Bhagel ist nicht die tapfere selbstlose Kämpferin Marie Szemiat, aber sie tritt mit ihr in die Reihen der Marias, die einmal in einer anderen Gesellschaftsordnung nicht als Mensch und Frau zerbrechen werden. E. R.

Die Thrase von den „Novemberverbrechern“

Dr. Karl Renner: „Novemberverbrecher?“ kartoniert ö. S. 2,00, RM. 1,20; Kc. 10,00.

Zu den wirksamsten Kampfmitteln, deren sich der Nationalsozialismus in seiner Agitation gegen die bürgerliche und die sozialdemokratische Demokratie in Deutschland und Österreich mit Erfolg bedient, gehört die immer wieder leidenschaftlich wiederholte Anklage des Verrats an der Nation: Die Legende von dem Dolchstoß, der aus dem Hinterland gegen die kämpfenden Armeen der Mittelmächte geführt worden sei, das Schlagwort von den Novemberverbrechern, die eine alte bewährte Verfassung im deutschen Reich wie in Österreich gekürzt hätten, die Anklage des leichtfertigen, würdelosen Friedensschlusses mit den Ententemächten und die Behauptung, durch die sogenannte Erfüllungspolitik Deutschland widerstandslos gemacht zu haben, sind Hauptanklagen, die gegen die Demokratie im allgemeinen und vor allem gegen die deutsche Sozialdemokratie im Reich wie in Österreich erhoben werden. Gegen diese Gewerbe ebenso leidenschaftlicher wie unbegründeter Vorwürfe richtet sich diese Schrift mit ausgezeichneten Argumenten.

Da Renner als erster Kanzler der Republik Österreich und als Präsident der Friedensdelegation von St. Germain an führender Stelle am Werke war, ist er berufen und zuständig, für die Männer und Taten dieser Epoche Zeugnis abzulegen. Er nimmt zum Problem einer wirksamen nationalen Politik der Deutschen in Europa klar und eindeutige Stellung, indem er den Beweis antritt, daß die Wiederherstellung der deutschen Nation zu Größe und Ehre auf keinem anderen Wege als auf dem der Demokratie zu erreichen ist. Er schließt mit einer kritischen Untersuchung des Nationalsozialismus von heute, seiner Grundlagen, Ausichten und Grenzen.

Niemand, der es mit den großen Zeitfragen unserer Nation ernst nimmt, kann an diesem Buch vorbeigehen.

Erich Kästners erster Roman

Erich Kästner: „Fabian. Die Geschichte eines Moralisten“. Deutsche Verlags-Anstalt Stuttgart, Berlin 1931.

„Aus Ermärger des Gefühls würgt ja doch nur das Gefühl.“ So parodiert mit fast erschütternder Einfühlungs-gabe Robert Neumann (in seinem Lesebuch der deutschen Sprache für Fortgeschrittene „Unter falscher Flagge“, Paul Holzapfel Verlag) den Dichter Erich Kästner. Es ist an dieser Stelle häufig genug ausgesprochen worden, wie heftig und auch erschütternd viele Zeitgenossen Kästners auf uns gewirkt haben, wie wir uns an den meisten seiner Kinderbücher herzlich mit unsern Kindern mitteilen. Der Eindruck seines ersten größeren Prosa-Buches für Erwachsene ist nicht leicht auf eine Formel zu bringen. Ich muß gestehen, daß der „Fabian“ schon fast ein Jahr auf meinem Schreibtisch liegt, und daß ich nach dem erstmaligen Lesen wohl von einzelnen „Stellen“ gepackt, im ganzen aber enttäuscht war. Dieser Eindruck hat sich jedoch nach zwei- und dreimaligem Lesen entscheidend gewandelt. Dieses Zeitgemäße einer Welt im Auf und Ab von Fieber und Untertemperatur ist zwar oft schauerlich, abstoßend bis zur Widerlichkeit. Barocke Figuren, verrückte Sonderlinge, Laifer jeder

Kategorie, Pervertitäten, Lügen und vergiftete Worte scheinen die Welt zu sein, wie Fabian sie sieht. Hat er wirklich eine so einseitig geschlossene Brille auf? Der Chirurg, der die kranken Stellen eines Körpers heilen will, muß zunächst isolieren und unheimlich klopfen, um schneiden zu können. Hinter all dem verfluchten Rußschleier der Wirklichkeit, Europa, in dem wir leben, nicht wissend, wohin der Zug geht, steht die echte Not der Zeit. Sie heißt: Arbeitslosigkeit, Kapitalismus, Liebesarmut. Und wenn es vielleicht bei ständlichem Leben so scheinen mag, als drücke sich Kästner in diesem Buche der „Charaktere ohne Gefühle“ vor den Realitäten, als weide er durch immer neue, in ihrer geschäftlichen Nüchternheit völlig unästhetische sexuelle „Erlebnisse“ Fabians der Wirklichkeit aus, so spürt man bei eingehenderer Lektüre doch den bedeutenden Ernst, der hinter allem steht. Zwar wird uns an gemischten Gefühlen eines als provisorisch empfundenen Lebens nichts erspart. Und es geht eben auch bei Fabian nicht gut aus, „das Leben zu lieben und zugleich die Menschen zu verachten.“ Er geht zu Grunde, weil er dem „Leben in dieser Zeit“ nicht gewachsen ist. Er ertrinkt buchstäblich, und der Dichter entläßt uns mit der Lehre: „Lernt schwimmen!“ Die Moral ist deutlich aufgetragen in dem ganzen Buche. Fabian hat kein Ziel, die Menschen anständig und vernünftig zu machen, nicht erreicht. „Würgte das Gefühl“, erwürgte das soziale Gewissen in einer verwirrten Gegenwart.

Ohne den letzten Abgang des Buches, der halb zufällig, halb zwangsläufig Fabian untergehen läßt, wäre dieser „Roman eines Moralisten“ edlerer folgerichtiger Kästner, wie er sich in seinen Berichten oftmals bekannt hat: „Ich kam zur Welt und lebe trotzdem weiter.“ A. R. M. A. R. D.

Neues vom „Bücherkreis“

Berta Selinger: „Herz in Flammen“. Frauenroman. 216 S. Ganzleinen, Buchausstattung von Jan Tschichold. Der Bücherkreis 1932. Preis 4,80 Mark.

Der Roman ist ein Querschnitt durch ein Frauenleben mit all seinem Leid und aller seiner Freude. Es kam aber der Verfasserin gar nicht darauf, ein privates Frauen-schicksal vor uns auszubreiten und mit allem psychologischen Raffinement ihre leibliche Entwicklung oder Nechtlisches darzustellen. Vielmehr ist die „Heldin“ Bozena, die vor dem Kriege aus Deutschböhmen nach Deutschland kommt und dann in der sozialdemokratischen Frauenbewegung eine bedeutende Rolle spielt, nur der Spiegel, in dem Kampf und Aufstieg der Arbeiterklasse in der ganzen Welt aufgefangen werden. — Das geschieht nun nicht etwa im engen parteipolitischen Sinne, vielmehr macht die Breite der Schau den Roman von Berta Selinger gerade auch für den Leser aus dem Bürgertum zu einer sehr interessanten, ja notwendigen Lektüre.

Der Roman versucht, den Arbeiterkampf zu umfassen in den Jahrzehnten des Vorkriegs, das Erwachen, das erste Aufstehen, den ersten leichten Sieg und dann den Zwang zum Zurückweichen unter dem Druck stärkerer Mächte. Buntgewoben aus Heroismus und brennendem Leid, Jubel, Verrat und herrlicher Soldatentat, ist dieser Kampf, der im Alltag grau, verwachsen und simplifiziert. Von hier aus spannt sich der Bogen hinüber bis zu der grandiosen Mittelmacht des Weltkrieges, in dessen Blut die Zweite Internationale zerbrach.

Der Roman ist das geeignetste Weihnachts-geschenk für unsere Arbeiterfrauen.

Keturo Uslar-Pietri: „Die roten Lanzen“. Roman. Der Bücherkreis, Berlin 1932.

Eine romanhafte Schilderung aus dem Unabhängigkeitskrieg der spanischen Provinzen in Südamerika. Im ersten Jahrzehnt des vorigen Jahrhunderts erhoben sich die latein-amerikanischen Staaten gegen ihre europäischen Unterdrücker und befreiten sich in einem blutigen Krieg vor der Fremdherrschaft. Es war ein Krieg gegen die Europäer, ein Krieg zwischen Republikanern und Monarchisten, aber auch ein Krieg zwischen den Rassen: Weiße, Neger, Indianer, Mischlinge standen einander gegenüber. Die Fronten waren nicht ganz klar; Freischärler boten sich hüben und drüben an, führten auf eigene Faust ihren Raubkrieg. Der Verfasser des Romans, in Paris als Diplomat in der Gelandtschaft Venezuelas tätig, malt mit grellen, feurigen Farben ein Bild dieser abenteuerlichen, von ungezügelter Freiheitssehnsucht, aber auch von unmenntlicher Grausamkeit beherrschten Zeit. Der Ueberlieferer G. S. Neudorff schließt dem Buch eine historische Einleitung voraus und gibt im Anhang eine Uebersicht über die lateinamerikanische Literatur. Eine Reihe von Photographien ergänzt den gut ausgestatteten Band. E. R.

Das Hörspiel

In der Sammlung „Zeichen der Zeit“, die vom Verlag Friedrich Frommann, Stuttgart, herausgegeben wird, ist vor einiger Zeit eine Broschüre erschienen, in der sich der Stuttgarter Dozent Hermann Bongers vom Standpunkt des Literaturwissenschaftlers aus mit den Problemen des Hörspiels auseinandersetzt. Wenn auch vielleicht einiges Tatsachenmaterial heute der Ergänzung bedarf, so bietet die Arbeit doch im Grundsätzlichen eine so vorzügliche Unternehmung über die Grenzen und Möglichkeiten des Hörspiels als selbständige Kunstgattung, daß sie ihre Aktualität nicht so leicht verlieren dürfte.

„Ähnere Zeit, in der nicht mehr der Einzelne aus seiner autonomen Freiheit die Lebensform bestimmt und bestimmen kann, sondern sich unwillkürlich hineingezogen findet in eine Lebensform der Masse, die jeden Einzelnen einspannt in den Erlebnisbereich der Hunderttausende und Millionen mit ihrem Massenflug und ihrer Massennot, sie hat Film und Funk heraufgebracht und anerkannt als Ausdruck ihres Kollektivgeistes.“ Mit diesen Worten leitet Bongers sein Einleitungskapitel „Film und Funk“ ein, in dem er zunächst die Grenzen und Möglichkeiten dieser beiden Organe des Kollektivgeistes festlegt. Die Eigenart des Rundfunks sieht er darin, daß er eine individuelle und eine kollektive Aufgabe verfloppelt. „Er spricht den inneren Sinn jedes Einzelnen an, er sucht das gleiche Menschliche in Hunderttausenden.“ Diese Eigenart der Aufgabenstellung bedingt vor allem da, wo ausschließlich künstlerische Wirkungen gesucht werden, neue bisher nicht gekannte Mittel: den „Materialstil des Funks“. Ihm widmet Bongers ein besonderes Kapitel, in dem er sich allerdings recht oft in abstrakte Konstruktionen verliert, die einem klaren Verständnis sehr im Wege stehen. Nach einer Abgrenzung des Hörspiels gegen Novelle und Drama entwickelt dann der Verfasser eine sehr annehmbare und bis auf einige Ueberspitzheiten der Argumentation klar durchgeführte Theorie der Grundformen des Hörspiels, die er im Funkspiel (Friedrich Wolf „S.O.S.“), in der Funkdichtung (W. C. Schäfer „Malgreen“) und im Funkoratorium (Schirfauer „Wagnerspiel“) verortet sieht. Eine „Hörwerk über Licht“, in der die Theorie vertieft und mit Beispielen belegt wird, beschließt die Darstellung, die noch besonderen Wert durch die im Anhang beigegebenen Literaturlisten erhält.

Im Ganzen gesehen sieht die Schrift eine Unternehmung über das schwierige Gebiet des Hörspiels dar, wie sie größer und überflüssiger beim augenblicklichen Stand der Entwicklung dieser Kunstgattung nicht gedacht werden kann. Sie wird die Grundlage für jede weitere wissenschaftliche Arbeit über das Hörspiel bilden müssen.

Die sozialistische Zeitschrift
Die notwendige Broschüre!
Das billige Buch!



Volkswacht-Buchhandlung, Breslau, Flurstraße 4